





an 3000 Personen. Redakteur Genosse Breslauer referierte. Die Stimmung war eine ganz glänzende. In Reichenbach i. B. fand eine Demonstrationssammlung statt, die von 800 Personen besucht war. Referent war Parteisekretär Kintobirch. Die Resolution wurde mit Begeisterung und einstimmig angenommen. Am Demonstrationstage in Werdau nahmen 700 Personen teil, ebenso an der Versammlung. Das Referat des Genossen Bildung-Gelpzig fand begeisterte Zustimmung.

Die „Leipziger Volkszeitung“ widmet dem glänzenden Verlauf der Wahlrechtsdemonstration folgende begeisterten Zeilen: „Seit gestern ist die sächsische Arbeiterklasse um eine neue und wichtige Waffe reicher: um das Recht auf die Straße! Das möchten wir als wichtigstes Ergebnis der gestrigen überwältigenden, in seiner freien Disziplin unübertrefflichen Straßendemonstration an die Spitze stellen. Bisher war bekanntlich schon der Gedanke an Straßendemonstrationen Hochverrat an den Grundlagen der göttlichen Weltordnung. Man alarmierte das Militär, die Schutzmannschaften stellten sich — wie vor drei Jahren in Dresden — mit gezogenen Säbeln den friedlichen Demonstranten entgegen, es kam zu Tumulten, es floß Blut und die Schlußkessel spielten sich vor den Klaffengerichten ab, wo sich den Opfern der Polizei die Forten des Gefängnisses oder des Zuchthaus öffneten. Durch die gestrige Straßendemonstration ist erwiesen worden, daß alle diese Dinge aufs Konto der Staatsgewalt kommen, daß alles in schönster Ruhe und Harmonie abläuft, wo die Polizei nicht dazwischentreitt, zum neuen Erweise der alten Wahrheit, daß die Polizei überall da, wo sie als politisches Organ des Klassenstaates in Funktion tritt, sie nur Unheil und Verderben stiftet.“

Man hatte bisher Straßendemonstrationen unter dem Vorwand verboten, daß die Arbeiter nicht fähig seien, Ordnung zu bewahren, daß sie wie eine Horde räuberischer Halbtiere von einem rätselhaften Zerstörungstrieb befallen seien, dem nur Schutzmannsäbel und Bajonette Einhalt bieten könnten. Diesen Vorwand kann seit gestern die sächsische Polizei nicht mehr anwenden. Sie hat dadurch, daß sie die gestrige Demonstration gestattete, daß sie die Aufrechterhaltung der Ordnung vollständig den Demonstrierenden selber überließ, ihre eigene Vergangenheit desavouiert und sich selbst ins Unrecht gesetzt. In Zukunft werden Polizeiaufgebote nur noch bei hinfälligen Demonstrationen in Aktion zu treten haben, wenn Fürsten zu Versuch kommen. Prinzen heiraten oder durch ähnliche Vorgänge der Kurpöbel alarmiert wird. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft hält sich selber in Ordnung.“

### Kanzlerkrise — Kaiserkrise.

Mit der Rücktrittsankündigung, die der Reichskanzler am Sonnabend ausgeführt und von der er in einer grotesken die Sachlage nur noch verflüsternden Erklärung berichten ließ, ist die schwere Krise der auswärtigen und inneren Politik des Deutschen Reiches noch keineswegs erledigt. Das Gerücht, daß Fürst Bülow dennoch das Feld räumen würde, erhält sich: man nennt schon einen General der Kavallerie von Wachsen, Fürsten Papselb, Grafen Wedel und den deutschen Botschafter in Konstantinopel Freih. v. Warshall als mutmaßliche Nachfolger. Den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Schoen, hat am kritischen Sonnabend ein schweres Unwohlsein befallen, vom Bankett der Urheberrechtskonferenz, wo er reden sollte, mußte er sich nach Hause begeben und legte sich schlafend in das Bett. Der kaiserliche Gesandte in Budapest, Herr v. Riederlen-Wächter, ist zu seiner Vertretung nach Berlin berufen worden.

Die Verwirrung wird dadurch vermehrt, daß sich die diplomatischen Vertreter der verschiedenen Mächte zu rühren beginnen, wozu sie allerdings, wie man gesehen muß, begründete Ursache haben. Den Anfang hat der französische Botschafter gemacht, der in der Wilhelmstraße eine Note seiner Regierung über das Kaiserinterview überreichte. Andere werden ihm voraussichtlich folgen. Liegen doch, jetzt auch Nachrichten aus Japan vor, wo man tief erregt ist über das Ansehen, das der deutsche Kaiser an den englischen Bundesgenossen des Mikado stellte in demselben Augenblick, da ein japanischer Prinz in Berlin scheinbar mit Liebenswürdigkeiten überhäuft wurde.

So bringt von allen Seiten erregte Anklage, laute Entrüstung oder schallendes Gelächter auf die leitenden Stellen des deutschen Reiches ein. Die öffentliche Meinung Deutschlands aber steht nicht mit der deutschen Regierung gegen die Welt, sondern mit der ganzen Welt gegen die deutsche Regierung.

Das Außerordentliche dieser Situation wird noch verstärkt durch die Art, wie in der deutschen Presse über die Lösungsmöglichkeiten der gegenwärtigen Krise debattiert wird. Hier hat sich eine ganz absonderliche Scheidung der Meinungen herausgebildet. Jener Teil der Presse, der auch sonst gewöhnlich im oppositionellen Lager zu finden ist, legt sich den Sturz des verantwortlichen Reichskanzlers als nächstes Ziel. Gegen diese Forderung wird von den Freunden Bülow's und auch von andern Leuten, ganz besonders von Konservativen, mit Argumenten operiert, die geradezu verblüffend wirken müssen. Ganz offen wird da ausgesprochen, daß mit einer Kanzlerkrise nichts gewonnen, sondern eher etwas verloren wird, nämlich die letzte Spur eines sichern Galtis in der deutschen Politik, daß es nach Bülow's Abgang nicht aufwärts, sondern nur noch viel rascher abwärts gehen würde. Mit einer Deutlichkeit, die nichts mehr zu erraten übrig läßt, gibt man zu verstehen, daß eine Kanzlerkrise im gegenwärtigen Augenblick nichts anderes heißt, als dem öffentlichen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ eine ungeheure vielleicht reichsgerichtliche Entscheidung in die Hand zu geben. So drückt sich gerade in jenen staatsbehaltenden Stimmen, die durchaus das Verbleiben des Fürsten Bülow im Amt fordern, eine Auffassung aus, die den persönlichen Anhängern des Kaisers geradezu Entsetzen einzuflößen geeignet ist. Gerade die konservativen Kreise wollen eine Kanzlerkrise verhindern nicht aus Vertrauen zum Kanzler, sondern aus

Mangel von Vertrauen zum Kaiser. Ihre Skepsis, die in dem konstitutionellen Ausdrucksmittel eines Ministerwechsels keine Lösung, sondern nur eine Verschärfung der kritischen Lage erblickt, macht die Kanzlerkrise zu einer Kaiserkrise.

Der „Figaro“ schreibt, die schmerzliche Ueberraschung, die sich in der öffentlichen Meinung Deutschlands ausdrückt, beweise, daß sich ein gewaltiger Fortschritt vorbereite und daß allmählich auch das deutsche Volk fühle, wie es in der mittelalterlichen Rüstung dieser Reaktionsmethode ersticke. Das ist nun freilich zu viel gesagt. Das deutsche Bürgertum ist seit vierzig Jahren von Bismarck, Bennigsen, Eugen Richter und anderen Herren darauf dressiert worden, immer nur in der Sozialdemokratie, in der aufsteigenden Arbeiterklasse, ihren Feind zu sehen, und die Bülow, Bassermann, Kopsch haben diese Dressur mit stets steigendem Erfolge weiter durchgeführt. Heute sind es die Freikämpfer, die dem persönlichen Regiment die treuesten Dienste leisten, weil sie alle Brücken nach links, selbst zu den ihnen eng benachbarten, aber wegen der Ehrlichkeit ihrer Gesinnung tödlich gehätselten Demokraten, abgebrochen haben. Jetzt, wo die bürgerlichen Parteien spüren, daß es außer der roten Gefahr auch noch andere gibt, läuft alles aufgeregt durcheinander, man vergißt sogar aus Angst vor schweren Schädigungen der eigenen Klasseninteressen durch eine kopflose auswärtige Politik den Respekt vor dem „Heiligsten“. Aber von diesen aufgeregten bürgerlichen Oppositionsmachern weiß keiner das Ziel, auf das er hinsteuern, noch den Weg, den er einschlagen will, und deshalb kommen sie alle schließlich wieder zu Bülow zurück: Er ist schließlich noch der Beste. Allerdings: das Ausland und er selbst machen dem Bürgertum die Veruhigung schwer, wie folgende Einzelheiten zeigen:

### Bülow verweigert dem Reichstag Rechenschaft zu geben!

Die offizielle „Kölnische Zeitung“ meldet: Auf Wunsch des Reichstages hat Herr Bülow dem Reichstag über die seit mehreren Tagen der auswärtigen Politik, insbesondere über den Stand der Orientfragen, streng vertrauliche Mitteilungen zu machen gelehnt. Im Reichstage wird der Reichskanzler zu diesen Fragen, über die noch diplomatische Verhandlungen im Gange sind, vorläufig nicht das Wort nehmen, und er würde auch die Veranstaltung etwaiger Anfragen darüber bis auf weiteres verschoben müssen.

Um so deutlicher, wenn Herr von Bülow schweigt, werden die Vollstrecker reden müssen. Nicht hinter den Kulissen des Bundesratsauschusses, sondern in voller Öffentlichkeit müssen die unerhörten Vorfälle der letzten Woche behandelt werden. Das soll hat das Recht, Anklage zu verlesen, wie man mit seinen Interessen umgeht, nicht ein paar verstopfte Diplomaten. Die Zustimmung Bülow's, die „Anfrage zu verschieben“ ist einfach unerhört und wird wenigstens bei den Sozialdemokraten keine Wirkung haben. So leicht kommt der alte glatte Bernhard nicht über die Klippe.

### England lacht.

Aus London wird vom Wionia telegraphiert: In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte William Redmond den Kriegsminister, ob ein Feldzugsplan zur Beendigung des Burenkrieges, den Lord Roberts tatsächlich beendigt hat, von Seiten des Deutschen Kaisers eingegangen sei, und wenn dies der Fall, ob der Kriegsminister dieses Schriftstück veröffentlichten wolle. Der Kriegsminister erwiderte, daß die Archive des Kriegsministeriums kein derartiges Schriftstück enthielten, auch sei es nicht in Besitz irgend einer anderen mit dem Kriegsministerium zusammenhängenden Stelle gekommen. „Ich bin daher nicht in der Lage“, schloß der Minister, „den Wunsch nach Veröffentlichung des begünstigten Schriftstückes zu erfüllen.“ (Gelächter.) Redmond fragte weiter, ob mit Rücksicht auf das große Interesse, das die Angelegenheit gewonnen hat, Kriegsminister Saldaue nachforschen wolle, ob ein solches Schriftstück überhaupt im Lande in irgend einem anderen Amte vorhanden sei. Saldaue erwiderte: „Ich habe genug mit der Verantwortlichkeit für das Kriegsministerium, und es kann wohl nicht verlangt werden, daß ich über mein Fach hinausgehe.“

Man fragen wir um alles in der Welt, wo hat die Großmutter oder der Onkel den Feldzugsplan Wilhelms hingetan? Die Stellen in England, für die es bestimmt war, erklären: Mein Name ist Gase, ich weiß von nichts! Und England, dessen Freundschaft erworben werden sollte — England lacht.

### Frankreich lacht auch.

Die Protestanten des Auslandes werden zumeist in eigenen Lande nicht wiedergeboren sein. Nur einiges davon kann unter Paragrafenschlingen entgehen. Der Pariser „Lemp“ bemerkt u. a., der Hauptmann von Kopenitz hätte in seiner Zeit nichts Besseres geleistet; man wisse nicht, ob diese Geschichte im Deutschen Reich spielt, oder in dem Ostbaltischen Doretten-Herzogtum von Verolstein. Auch der „Figaro“ meint ausdrücklich vernein zu müssen, daß die berichteten Dinge sich nicht in einem Phantasielande abspielen, wie es französische Dichter für ihre Satiren erfinden, sondern am Hofe eines mächtigen Staates, unter den Augen eines großen Volkes, in welchem ernste Pflicht in Ehren steht und wo man sonst über die französische Frivolität die Nase rümpft. Andere Blätter werden noch deutlicher.

### Die Internationale im Purpurmantel.

Eine große Anzahl von Blättern verschiedener Parteirichtung glaubt nicht an die Möglichkeit einer Besserung und legt daher auch auf einen Kanzlerwechsel keine Hoffnung. So schreibt der streng konservative „Reichsbote“: „Unsere ganze auswärtige Politik hat von wem immer im Ausland und in den Ländern, die wir betreten werden, einen Tiefstand erreicht, der die gebildeten Kreise der Nation mit Verachtung und Beschämung erfüllt.“ Die Achtung unserer Freunde und Feinde ist dahin, und was das „Reichsbote“ in der ersten Ausgabe des Volkes das Vertrauen zu seinem Kaiser schwer erschüttert. „Dahin entziehen wir uns den hohen erzieherischen Absichten der öffentlichen Interessen vorüber, lehrt die Geschichte. Dem Vaterlande aber kann es nicht kommen, wenn der vollen und gewissenhaft die Internationale im Purpur angeht.“ Wie manchermal ein von: Lasse Wunder wirken.“

### Bayern rebelliert.

Wie aus München mitgeteilt wird, fordert die bayerische Presse die Einberufung eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in dem Bayern den Vorschlag führt, um, wie es heißt, zur Konsolidierung und ihrer Urache Stellung zu nehmen. Dieser Wunsch hebt die Verpflichtung nicht auf, dem Reichstag Rede zu stehen.

### Die Richterleser.

Ein Berliner Blatt nennt als denjenigen Beamten, der das viel genannte Manuskript verfaßt und „nichts Bedeutsames“ darin gefunden, den Legationsrat Esterhazy, der in der Presseabteilung tätig ist und dem Geheimrat Hammann zugeteilt ist. Diese Meldung ist unrichtig. Herr Esterhazy gehört vielmehr zu den vielen, die das Manuskript nicht gelesen haben.

### Rechts schwenkt, marsch!

Wie wir es vorausgesagt, so ist's eingetroffen. Das Oberlamm Bülow, das gestern von der ganzen Presse noch für verloren erklärt wurde, bekommt neue Wolle. Am dralischsten ist die Maulwurfsgrube in der so grandiosen „Schles. Zig.“ zu beobachten. Sie schrieb am Sonntag:

„Auf den ersten Blick scheint hier zwar eine Selbstbegünstigung der Fahrlässigkeit vorzuliegen, die Bülow öffentlich anspricht und zu der er auf eigenen Antrag die kaiserliche Genehmigung erhalten hat. Frage aber ein solches Verbot wirklich vor, so wäre nicht zu bezweifeln, weshalb der Kaiser das Abschiedsgesuch des Kanzlers abgelehnt hätte.“

Sonntag also hätte Herr Bülow den Bülow rückwärts zum Teufel gejagt, am Montag fiedelt er in Mol:

„Wir wünschen, daß der Mann, der zu unserem Wohle immer wieder vor den Tisch getreten ist, und abgedrückt hat, was er drücken konnte, seiner schweren Aufgabe nicht zum Opfer falle, weil er einmal bei Wahrnehmung seiner Verantwortlichkeit sich zu sehr auf seine Unerbundenheit verlassen hat. Nach dem die Presse dürfen sich nicht der ersten Regierung des Kaisers hinneigen. Vielmehr müssen sie ernstlich erwägen, ob die Sache des Reiches gefördert würde, wenn der Kanzler seiner Mannentreu zum Opfer fiel.“

„Sollst du nicht gehen? Der Unmut ist verflohen. Bülow, herzallerliebster Kerl, bleibe bei uns. Die Blamage ist zwar groß, aber — ein Turck wie du, was macht sich der daraus?“

In diesem Zusammenhang ist auch das Gerücht amüßant, daß 24 Stunden früher in dem hiesigen Bülow-Blatte nach einem neuen Kanzler anbot.

Man faßt sich an den Kopf. Traum' ich, oder was ich? Und wenn man dann schließlich diese Komödie der Irrungen begreift, dann ruft man die Ahlsen. So mußte es kommen! Und aus dem Dunkel unserer Zeitenwende steigt eine Reden geschalt vor unserem lebendigen Geist empor. Ein Großer, Einamer, — wie er auf Hamburgs Elbbühnen in grauem Stein, hoch in die Wolken ragend, wacht. Und in unserer Seele ringt sich ein Schrei los, ein Ruf aus banger Seele: Bismarck, erwach! Führt unsere Sache!

Sind wir wirklich so weit gekommen? Das ist ja Doretten-Spiel in allerbesten Form, in dem bei uns auswärtige Politik getrieben wird. Wir möchten den Krach nicht erleben, der ins Auswärtige Amt gefahren wäre, wenn Bismarck heute lebte. Wenn Bismarck lebte?

Sie sind's zufrieden, daß Bülow lebt. Hoch soll er leben! Wegen uns auch.

Aber MoUstentiere sind es, die ihn heute in den Schmutz reiten und mieren auf das Niederstall setzen.

Die „Breslauer Zeitung“ ist auch bereits zu der Anschauung gelangt, daß Bülow unter den Lebenden noch am ehesten ein Bismarck ist:

„Es ist wenig wahrscheinlich, daß er (Bülow) diese Krise überhaupt, und noch weniger wahrscheinlich, daß er sie lange überleben wird.“

Wir sprechen diese Tatsache aus, mit dem Gefühl der lebhaftesten Bedauerns, denn jo oft und so lebhaft wir den Fürsten Bülow von unserem Standpunkte aus lobpreisend sprechen mußten, wir erkennen an, daß Fürst Bülow ein Reichskanzler ist, so gut, als ihn die eigenartige Persönlichkeit Kaiser Wilhelms II. für längere Zeit überhaupt zu läßt. (!) Fürst Bülow ist eine vornehme Persönlichkeit, er ist ausgezeichnet durch hervorragende Intelligenz, er verfügt über ein nicht gewöhnliches Maß von Urteilskraft und Geist, und seine Wesensart ist getragen von wohlwollend edler Gesinnung, die ihre Wurzel in ebenfalls wie vielseitiger Bildung hat. Das alles sind Eigenschaften, die in einer Persönlichkeit vereint wohl nicht oft im Deutschen Reich anzutreffen sein werden. Wenn wir leiden, bittet bitter Not an tüchtigen Männern. Sollte Fürst Bülow aus seinem Amte scheiden, so kann man mit einer an Gewisheit grenzenden Wahrscheinlichkeit voraussetzen, daß ein Beförderer nicht an seine Stelle treten wird.“

Was sollen wir also weiter tun? Rechts schwenkt, marsch!

### Politische Uebersicht.

Die Reichseinnahmen sind auch im September erheblich hinter dem Ergebnis im gleichen Monat des Vorjahres zurückgeblieben. Der Gesamtzuwachs bei den Zöllen beträgt in der ersten Hälfte des Etatsjahres 55 Millionen Mark, im Monat September 9 1/2 Millionen Mark. Aufschuldig ist auch der verhältnismäßig sehr starke Rückgang bei der Wechselstempelsteuer, der im September 17,4 Prozent der vorjährigen Einnahme beträgt. Offenbar ein Zeichen der wirtschaftlichen Depression. Einige der übrigen Reichseinnahmen bejahnen sich wieder zu heben.

Aus der Begründung der Reichsfinanzreform ist folgender Passus besonders bemerkenswert und wir schicken ihn deshalb unseren Bepredungen voraus: „Aus noch zu erörternden Gründen empfiehlt sich die Aufhebung der Stempelabgabe auf Fahrkarten und die Herabsetzung des Drucksportos für Postkarten auf 3 Pf. gleichfalls vom 1. April 1910 ab. Dies bedeutet für die Etatsjahre 1910 bis 1913 einen Ausfall von jährlich rund 22 Millionen Mark. Zwei von den Steuerarten der letzten „Reform“ haben damit das Fiasko erlitten, das die sozialdemokratischen Abgeordneten ihren Schöpfern voraussaßen.“

Der alte Kris und Adolf Hoffmanns Ordnungseuse. Ueber die Vergewaltigung der Redefreiheit im Dreiklassenhaus und die Hilfe, die die nationalliberale Fraktion dabei leistete, stellt der parlamentarische Mitarbeiter der nationalliberalen „National-Zeitung“ folgende Betrachtungen an:

Im Lande wird die Zahl der Leute, die die Behandlung des Abg. Hoffmann noch in allen Stücken billigen, recht gering sein. Auch die nach reichlicher Ueberlegung arbeitende Publizität, z. B. die theologische Zeitschriftenliteratur, nach Art der „Christlichen Welt“ aber auch manches Organ der positiven Richtung wird anders urteilen, als die Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Allen denen, die







**Gewerk-  
schaftshaus**  
Margaretenstr. 17.

**Stadt-Theater.**  
Dienstag, 7 1/2 Uhr:  
„Tannhäuser“.  
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
„Wallenstein Tod“.  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
„Der fliegende Holländer“.

**Lobe-Theater.**  
Dienstag, 7 1/2 Uhr:  
„Die blaue Maus“.  
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
„Die Dollatprinzessin“.  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
„Die blaue Maus“.

**Thalia-Theater.**  
Dienstag:  
„Jugend“.  
Mittwoch:  
„Wahrheit“.  
Donnerstag:  
„Wahrheit“.

**Schauspielhaus**  
Mittwoch 8 Uhr:  
„Der Fürst von Maroffo“

**Liebig's Etablissement.**  
**Mizi Gizi,**  
La belle Alexia  
u. das phänomenale November-  
Programm.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Victoria-Theater**  
Neues Programm!  
Capitain Rudolfs  
**Wunder-Elefanten**  
und die übrigen Attraktionen.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Bis wochentags gültig.

**Zeltgarten.**  
Dir. H. Krainik.  
Geflügel  
**Troppauer.**  
Beste Bismarcker Geflügel.  
Spezialitäten.

**Palmengarten.**  
Dir. H. Krainik.  
Festsetzung der  
**Oktaberfeste**  
in München.  
**2 neue Kapellen.**  
Entrée frei!  
9 Pf. Retombier 8 Pf.

**Für  
Zigarrenmacher!!**  
Alle Rohstoffe  
zur Zigarrenfabrikation emp-  
fehlen in grösster Auswahl  
und zu billigsten Preisen  
**Carl Rother & Rode**  
Breslau I, Hummerstr. 28.

**Knaben-Anzüge**  
und Paletots, sowie Arbeitshosen  
und warme Unterkleidung empfiehlt  
billigst **Martha Scholz, Friedrich-**  
**Wilhelmstrasse 66.**

**Hammelfleisch**  
1 lb. 75-80 Pfg. und mehr.  
Schweinefleisch, 65-75 Pfg.  
Rindfleisch, 70-75 Pfg.  
für Aussehen, 80-85 Pfg.  
Nett. an der Stelle, 80 Pfg.  
Nur Fleischerei  
**Traubitzerstrasse No. 18.**

**Damen-Filzhüte**  
billig & direkt in der Fabrik  
Neue Granpfer. 11, Hof  
**Freund & Krebs.**  
Filzhüte werden modernisiert. 4450

**Sonntag,**  
den 8. November,  
nachm. 3 1/2 Uhr:

**Vereinigung der Maler, Lackierer u. Anstreicher**  
Filiale Breslau.  
Am 1. November verschied unser langjähriges Mitglied,  
der Anstreicher  
**Josef Kuhnert**  
im 43. Lebensjahre an der Lungentuberkulose. 5292  
Ehro seinem Andenken!  
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle in Gräbchen.

Am 1. November verschied nach langen, schweren Leiden  
unser werter Kollege, der Maler  
**Josef Kuhnert**  
im Alter von 42 Jahren.  
Sein kollegialischer Sinn sichert ihm ein bleibendes Andenken.  
Seine Kollegen der Firma Blase & Rigall.  
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle in Gräbchen.

**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 1. November, abends 7 Uhr, verschied  
nach langen Leiden meine liebe Frau  
**Anna Biller geb. Mende**  
im 69. Lebensjahre.  
Dies zeigt schmerzhaft an  
Der trauernde Gatte **Adolf Biller.**  
Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus  
Rheiderstrasse 14, nach St. Salvator.

Am 1. November, früh 9 Uhr, verschied nach langen, schweren  
Leiden unser lieber Freund und Kollege, der Schlosser Herr  
**Traugott Ueberschär**  
im Alter von 49 1/2 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren  
Die freigeorganisirt, Schloss- u. Klempn. d. Wagg.-Fabrik v. Gebr.  
Hoffmann A.-G., v. d. Abt. d. Herrenwerkstr. Pfeffer u. Behrens.  
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 1 1/2 Uhr, vom Trauerhaus  
Gräbchenstrasse 99, nach Gräbchen.

Am 1. November starb nach langem, schwerem Leiden  
unser Mitglied, der Bauarbeiter  
**Adolf Ullrich**  
im Alter von 85 Jahren.  
Ehro seinem Andenken!  
Sozialdemokrat. Verein Breslau(Land) Neumarkt.  
Beerdigung: Mittwoch, d. 4. November, nachm. 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle in Klein-Tschansch aus.

**Mexico-Ausschuss**  
3 Stück 10 Pfg.  
in den Schaufenstern ausgestellt.  
**Leopold Birkholtz.**  
Zweigeschäfte in allen Stadtteilen.

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
bestes, im Gebrauch  
billigstes und bequemstes  
Waschmittel der Welt  
1/2 Pfg. Paket 15 Pfg.

**Deutsch-Amerikan. Schuhwaren**  
G. m. b. H. 5295  
**20 Schmiedebrücke 20** (im Nussbaum).  
Der Laden ist zu vermieten. Die Laden-Einrichtung ist billig zu verkaufen.

**Breslauer  
Packetfahrt - Gesellschaft**  
Tauentzienstrasse 107 bis 111.  
Fernsprecher: „Packetfahrt“, (106, 2202, 2210, 2509).  
Telegramme: „Packofahrt“

**Möbeltransport ohne Umladung.**  
Aufbewahrung  
ganzer Wohnungs-  
und Schloss-  
Einrichtungen  
in eigenen Lager-  
häusern:  
Tauentzienstrasse  
107 bis 111.

**Spedition.**  
Eil- und Frachtkauf von und nach  
allen Orten im Weltverkehr.  
Ab- und Anfuhr  
von Wagenladungen u. Stückgütern  
aller Art.

**Reisegepäck-  
und Stadtpaket-Beförderung.**  
Abholung durch besondere Boten  
auf telephonischen Anruf  
jederzeit.

**Reisebureau: Schweidnitzer Stadtgraben 13.**  
Antiloh  
**Ausgabestelle für Fahrkartenhefte.**  
**Gepäckabfertigungs- und Fahrkarten-Ausgabestelle**  
der Königlich Preussischen Staats-Eisenbahn.  
**General-Agentur der Hamburg-Amerika Linie.**  
Berlin W. 57, Kattowitz, Gleiwitz,  
Bühlowstrasse 81, Grundmannstrasse 11, Wilhelmstrasse 18.  
Beuthen OS., Ratibor, Domstrasse 6. 5288

**Hausfrauen!**  
Ein Versuch genügt, um sich davon  
zu überzeugen, dass van den Bergh's  
„Clever Stolz“ und „Vitello“  
die einzigsten Margarine-Marken sind,  
die in Geschmack und Aroma bester  
Naturbutter gleichstehen.

Van den Bergh's Margarine G. m. b. H., Cleve.

**Nur Fabrikpreise!**  
**Metal-Bettstellen**  
für Kinder und Erwachsene in allen  
Ausführungen.  
Polster-Bettstellen, Waschische,  
Matrassen, Keilissen zu un-  
erreicht billigen Preisen.

**Bettfedern, Dauen, fertige Betten**  
allerbilligst empfiehlt und versendet das bekannte, bestrenommierte  
**Breslauer Eisenmöbel-Fabrik-Fager und**  
**Betten- und Bettfedern-Versandhaus**  
**Max Heinrich,** Gartenstr. 61.-Teleph. 9288.  
Katalog gratis.

**Reell! Gut! Billig!**  
kaufen Sie  
Regulatoren, Freischwinger,  
Taschenuhren, Ketten,  
Ringe, Broschen, Ohringe etc.  
Garantie für richtig. Gang der Uhren.  
Jeder Gold- und Silbergegenstand  
trägt den Münzstempel.  
Enorme Auswahl. Reparaturen prompt.  
**Arnhold Rosenthal, Uhrmacher,**  
Neue Schweidnitzerstr. 5. 4427

**Buchhandlung Volkswacht.**  
Des wahre Jakob, Wig-  
blatt, wöchentlich . . . 0.10

**Arbeiter-  
Notiz-  
Kalender**  
**1909**  
ist  
erschienen.  
Preis 60 Pfg.  
Buchhandlung  
„Volkswacht“.

**18. Grosses  
Volks-  
Konzert**

**16 u. 13 Mark**  
Wohnung, renov., Sewaldstr. 28. [5288]

**Güldner Hofschneiderrauen.**  
f. f. u. Siebenhufenerstr. 71, Str. [5294]

**Milch- u. Buttergeschäft**  
in der Nikolaistadt b. Bald preis-  
wert z. verkaufen. Näheres z. erfragen  
Schmal Theresenstr. 7, II. Etg. [5291]

**Ich kanne gebr. Möbel**  
bei plötzl. Fortreit, Todesfall, Umzug, taufe  
gg. Wohn-Einrichtg. ges. lotert. Rahlg.  
[5293] **Wahler, Gartenstr. 30.**

**Gummiwaren+**  
**Spülspritzen**  
empfehl und versendet

**A. Kindler,**  
Breslau, Junkerstr. 85.

**Verkauf gebr. Möbel!**  
Schränke, Vertikows, Bettstellen, Sofas,  
ganze Stuben-Einrichtungen zu 30, 50,  
70 Pfg. Friedrichstr. 66. 5293

**Kakao**  
alle Sorten ermässigt.  
**Teichmann & Co.**  
Schweidnitzerstr. 9  
jetzt Eingang Carlsstrasse.  
16 Geschäfte in allen Stadtteilen.

**Cigarren- und  
Rohtabak-Geschäft**  
befindet sich  
**Gneissaustrasse 17**  
(Ecke Lehndamm)  
**Johannes Kubis.**

**Möbel! Möbel!**  
Jeder Art, event. Teilzahlung, Tel. [4794]  
gerichtl. bereit.  
**H. Gerstel,** Gadenstr.  
Messergasse 26, Ederstr.

Eine jede kluge  
gebraucht nur  
**Mutter Spül-Spritzen**  
D. R. G. M. 4, 6, 8, 10, 12 M.  
a. d. Alleinverk. W. Schlegel  
Breslau I, Nikolaistrasse 21.  
Verletzt, ausgeschl., sicherd.  
Beste. Zahlr. Anerk. Bedien.  
f. Damen sep. l. Et. Hauseing.  
Diskr. Versand. Nachn.

**Bettfedern und  
fertige Betten.**  
Reell!  
Biller!  
Spez.: Prantau-Rattung.  
Preisliste gratis und franko.  
**Julius Immerstück**  
Bresl., Renssch. 10/12.

**Friedrich  
Engels**  
Sein Leben  
sein Wirken  
seine Schriften  
von **Karl Kautsky**  
Mit Engels Porträt.  
Preis 40 Pfg.  
Buchhandlung „Volkswacht“.

**Programm**  
30 Pfg.



Mittwoch, den 4. November 1908.

## Wahlhelfer herbei!

Nur sieben Tage trennen uns von den Stadtverordnetenwahlen. Eine Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate kann nur erfolgen, wenn Hunderte von Genossen ein paar Stunden Arbeit der gemeinsamen Sache opferwillig widmen. Die Partei verlangt nur noch Unterstützung am letzten Sonntag Vormittag und am Wahlabend selbst! Alle Mann zur Mithilfe! Die Einteilung der Arbeit erfolgt in

### 10 kurzen Zusammenkünften am morgigen Mittwoch,

Abends 8 Uhr. In folgenden Lokalen wird jedem Helfer, der sich einstellt, sein Pensum eingehändigt:

**Wahlbezirk 21**, innere Stadt (Distrikte 18 und 19), im „Roten Löwen“, Kupfer-  
schmiedestraße 21.

**Wahlbezirk 22**, Nikolai-Vorstadt und Bepelwitz (Distrikte 4, 6 u. 7), im Schweiger-  
hof, Schönlagerstraße; Land-Distrikt 12 bei Buchs, Bepelwitzstraße.

**Wahlbezirk 27**, westlicher Teil der Schweidniger Vorstadt (Distrikte 1, 2, 3 und 3a),  
bei Milde, Gräbchenstraße 74.

**Wahlbezirk 29**, östlicher Teil der Schweidniger Vorstadt (Distrikte 16, 16a, 17 u. 17a),  
bei Roser, Ende Huben- und Steinstraße.

**Wahlbezirk 30**, Ohlauer Tor (Distrikt 14), in der „Sindensblüte“, Königgräber-  
straße 10.

**Wahlbezirk 31**, Ohlauer Tor (Distrikt 15), in der Saalische des Gewerkschaftshaus.

**Wahlbezirk 33**, Schellniger Vorstadt (Distrikte 10, 12 und 13), im „Röhlen-  
Strand der Ober“, Halberstraße 10.

**Wahlbezirk 34**, östlicher Teil des Dbertors (Distrikte 9, 9a und 11), bei Freyer,  
Matthiasstraße 140, Ecke Adlerstraße.

**Wahlbezirk 35**, östlicher Teil des Dbertors (Distrikte 8 und 8a), im „Ballhof“,  
Schleswederplatz 12.

Arbeiter, Parteigenossen! Es gilt, unseren beiden Stadtverordneten durch Neuwahl von Genossen Mitstreiter zuzuführen. Es gilt, die Elemente des Fortschritts im Gemeindeparlament zu vermehren, wo wichtige Angelegenheiten der Schule, des Armenwesens, der Gesundheitspflege, des Verkehrs, des Wohnungswesens entschieden werden. Wer wollte da zurückstehen? Genossen! Tausend rührige Hände, Köpfe und Herzen, sie verbürgen den Sieg!

## Darum: Wahlhelfer herbei!

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. November.

#### Geschichtskalender.

4. November.

- 1575 Der italienische Vater Guido Reni in Bologna \*.
- 1787 Der englische Schachspieler Edmund Hooper in London \*.
- 1847 Der Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy †.

**Eine mittergiltige Wohnungs- und Bodenpolitik** betreibt nach den „Mittlichen Nachrichten der Charlottenburger Armenverwaltung“ die Stadt Ulm. Ohne daß eigentliche Wohnungsnot herrsche, begann die Stadt schon im Jahre 1888 damit, einen gemeinnützigen Wohnungsverein zu gründen, der Häuser von zwei und drei Stockwerken und Dachgehöf baute. Obgleich diese Wohnungen sehr billig vermietet werden konnten (180—200 resp. 190—270 Mk. pro Jahr), gab sich die Stadt nicht damit zufrieden und übernahm als Gemeindegemeinschaft die in großem Maßstab betriebene Errichtung von Eigenhäusern zum

Alleinbewohnen. Man begann vorerst mit dem Bau von Häusern mit zwei Wohnungen, von denen der Mieter allenfalls die eine weitervermieten und später für die Kinder reservieren konnte. Häuser mit zweimal zwei Zimmern und Küche stellten sich auf 5800—6000 Mk. Der Käufer eines solchen Hauses im Preise von 6000 Mk. einschl. Grund und Boden, Straßen- und Kanalisationskosten hat — die Sparkasse gab Baudarlehen zu 3 Prozent — 180 Mk. Zinsen plus etwa 60 Mk. Wasserzinsen und andere Abgaben zu leisten. Vermietete er nun die andere Wohnung auch nur zu etwa 150 Mk., so sah er so billig, daß er mit Bechlichkeit einen Teil des Mietzinses auf die Amortisation verwenden konnte. Auch im Westen wurde ähnlich gebaut und es sind Einfamilienhäuser von vier Zimmern entstanden, für die der Mieter ungefähr 220 Mk. Jahresmiete zu bezahlen hat. Fast immer erfolgt die Abzahlung des Kaufpreises regelmäßig; wo unverschuldete Zahlungsunfähigkeit eintritt, hilft die Stadt mit besonderen Darlehen.

Auf diese Weise sind 4500 Einwohner Ulms, etwa 1/12 der Bevölkerung, zu schönen und gesunden

Heimstätten gekommen und der Segen der Einrichtung hat sich auch in der verminderten Sterblichkeitsziffer gezeigt. Gegen 15,5 Todesfälle pro Miß in der Stadt haben diese Eigenhäuser nur 8,8. Die Gewerber der Häuser sind meist Fabrikarbeiter, aber auch Gewerbegehilfen und Eisenbahnbeamte. — Eine Wohnungspolitik ohne Bodenpolitik ist aber nicht möglich und die Stadt, die kaum 50.000 Einwohner zählt, hat in den letzten Jahren innerhalb des Reichsbildes der Stadt 502 Hektar Bauland erworben. Da an anderen Orten vielfach die Erfahrung gemacht wurde, daß die Käufer der Häuser, sobald sie deren Besitzer waren, an Bodenpekulanten veräußerten, hat sich Ulm hiergegen durch verschiedene Verträge gesichert. Ein Wiederverkaufrecht tritt erst in 100 Jahren ein; jede bauliche Veränderung, sowie die Höhe des Mietpreises für Untermieter wird grundbuchlich gesichert und von der Zustimmung der Verkäuferin, der Stadt, abhängig gemacht.

In diesem Beispiel erblickt man aufs neue, daß die von uns stets geforderte Wohnungs- und Bodenpolitik durch

### Aus aller Welt.

**Internationale Ballonfahrt.** Am nächsten Donnerstag finden in den Moränenkünden internationale wissenschaftliche Ballonfahrten statt. Es steigen Drachen, benannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Führer eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Patente, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse telegraphisch Nachricht sendet.

**Todesfälle im Automobil.** Schwere Opfer hat eine Automobil-Tour geordert, die eine Wormser Gesellschaft unternommen hat. Auf der Chaussee von Wiesbaden nach Frankfurt in der Nähe von Erbenheim lieh ein Automobil gegen die Brüstung einer Chausseebrücke. Dem Wormser Lederfabrikanten Reinhardt, dem Besitzer des Automobils, wurde der Brustkorb eingequetscht, ein anderer Insasse, namens Trumpler aus Worms, wurde schwer verletzt. Zwei Wiesbadener Damen, Dahms und Waisen waren sofort tot. Der Chauffeur erlitt einen Armbruch.

**Ein fünfzehnjähriger Luftmörder.** Aus Mannheim wird geschrieben: Ein beständiger Luftmörder beschäftigte die hiesige Straßengasse. Auf der Anlagengasse lag der fünfzehnjährige Jahre alte Schlofferlehrling Peter Wörstler aus Württemberg unter der Auflage, am 14. Mai das drei Jahre alte Söhnchen des Stellmachers Albin Fischer in Weinheim ermorden und sich an der Leiche vergangen zu haben. Am 13. Mai entwendete er seinen Eltern 40 Mark und entfloh. Ueber Heidelberg kam er nach Weinheim. Er besuchte mehrere Wirtshäuser, kaufte sich eine Mundharmonika und zog musizierend durch die Straßen. In der Birkenauerstraße traf er den neunzehnjährigen Reinhard Wunsch, der mit dem drei Jahre alten Fischer spielte. Wörstler schickte den älteren Knaben fort, um Wurst zu holen, und entfernte sich mit dem kleineren Knaben aus der Stadt. In einem Laubengarten hinter Weinheim erschloß er das dreijährige Kind, indem er ihm das Halsstuch zuzog, und nahm dann an der Leiche eine Versteckung vor. Dann legte er seine Wunderschiff fort und kam nach Wasgenbach, wo er bei einem Bauer in Dienst trat. Am nächsten Sonntag besah sich Wörstler zu seinen Eltern zurück, um sich Papstere zu holen. Dort wurde er verhaftet. Nach anfänglichen Leugnungen gestand er die Tat ein. Da Zweifel an seiner Schuldungszurechtigkeit bestanden, wurde Wörstler mehrere Tage in der psychiatrischen Abteilung der Heidelberger Universitätsklinik beobachtet. Privatdozent Dr. Wilmann-Deiters sagte aus, daß der Angeklagte zu Schlußwandel fähig und an Moralität infam leide, für seine Tat jedoch verantwortlich gemacht werden könne. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung des Angeklagten

zu 13 Jahren Gefängnis. Der Gerichtshof ging von der Ansicht aus, daß bei dem Angeklagten gewisse Abnormitäten bestanden und daß bei Begehung der Tat unter dem Einfluß des Alkohols stand.

**Attentat gegen Mutter und Bruder.** Nach Verübung eines verbrecherischen Anschlags auf Mutter und Bruder ist in Rixdorf der vierjährige Knabe Bruno Wiesner verhaftet worden. Er wohnte mit seinem zwölfjährigen Bruder ankommen bei seiner Mutter in der Dornaustraße 178/179 und hatte den Plan gefaßt, die beiden in der letzten Nacht zu vergiften. Um 7 Uhr fand er beide auf und wollte der Mutter einen mit dem Namen Spiritus verpackten Korbchen unter die Nase halten, unterließ es jedoch im letzten Augenblick, da er bemerkte, daß die Mutter durch das Tropfen des Spiritus erwachen würde. Er ließ sie nun die drei in der Wohnung befindlichen Gasbehälter, wartete kurze Zeit und raubte dann Mutter und Bruder aus. Es fielen ihm eine goldene Uhr nebst Kette, der silberne Trauring der Mutter, ein Portemonnaie mit 11,75 Mark Inhalt, 50 Rappen, Wäffeltische usw. in die Hände. Inzwischen erwachte die Mutter, taumelte schwer betäubt aus dem Bette und rief, die Gefahr sei vorüber, ihren ältesten Sohn, der gleich schon halb betäubt war, während der Vater mit seinem Hauke rief. Schon im Laufe des ersten Vormittags wurde er von der Polizei in einem Zimmer verhaftet. Die Opfer seines Anschlages sind ohne Schaden für ihre Gesundheit davon gekommen.

**Eine halbe Million Schadens.** Einem Telegramm aus Dresden zufolge ist die 1000-Dachziegelabrik von Max Höpfer in der Vorstadt Briesnitz abgebrannt. Es liegt Brandstiftung vor. Der Schaden beträgt über eine halbe Million Mark. 170 Arbeiter sind brotlos. Fünfzehn Feuerwehrlöcher waren anwesend. Der Verursacher der abgebrannten Fabrik wollte geschäftlich in Berlin.

**Kampf zwischen Deutschen und Italienern.** In der Nähe des Bahnhofes Kreuzberg entstand, wie aus Stuttgart berichtet wird, gestern früh nach Streitigkeiten zwischen Italienern und deutschen Arbeitern eine wahre Schlacht. Die Italiener hieben mit Messern und Äxten auf die Deutschen ein. Diese waren in der Ueberzahl und töteten die Italiener nach heftigen Kämpfen schließlich zurück. Ein Italiener blieb fast tot liegen. Zwei andere wurden lebensgefährlich verletzt. Auch trugen mehrere Deutsche erhebliche Verletzungen davon.

**Auf den Widerspruch der Geschworenen hin,** verurteilte das Schwurgericht in Magdeburg den schon vielfach vorbestraften Schlossermeister Karl Engel aus Freydenken wegen Mordtats, begangen an einem fünfjährigen Mädchen zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Bei der sofort vorgenommenen Verhandlung war ein Weiser heraus, stieß es sich in die Brust und brach schwer verletzt zusammen.

**Topfmerder.** In der Windmühlenstraße in Leipzig wurde am 30. Januar eine Schriftstellerin Georga Döhrer erschossen und dessen 59 Jahre alte Ehefrau ermordet aufgefunden. Die Leichen sind

entrocknet und ausgeraubt. Man nimmt an, daß der Doppelmord bereits Vormittags gegen 9 Uhr verübt worden sei. Um diese Zeit kam ein etwa 23 Jahre alter Mensch die Treppe hinauf.

**Eisenbahnzusammenstoß.** Gestern früh um 1 1/2 Uhr stieß in Colmar i. E. ein einbahnender Güterzug auf einen zur Abfahrt nach Mühlhausen stehenden Güterzug. Von diesem wurden die drei letzten Waggons zerstört. Vom einbahnenden Zug ist der Packwagen sowie sieben Güterwagen zerstört. Der Zugführer des einbahnenden Zuges wurde erheblich verletzt.

**Postraub in Südrussland.** Ueber einen neuen großen Raub dieser Art wird aus Kischinew berichtet: In der Nähe von Chatin wurde von acht Räubern ein Ueberfall auf die Post verübt, wobei 79 700 Rubel in die Hände der Räuber fielen. Der Raubführer und ein Räuber wurden getötet, drei andere Begleiter des Transportes verletzt.

**Die Affäre des „Diamantenmachers“** Lemoine scheint im Falle zu verlaufen. Lemoine, der erhebliche Geld der modernen Hochfinanzaffäre, ist und bleibt verschunden. Jetzt hat auch der Untersuchungsrichter — der zweite, der die Ermittlungen gegen Lemoine leitete, nachdem der erste hat entlassen lassen — seine Konvention gewonnen. Denn ein Telegramm aus Paris meldet: Der Untersuchungsrichter hat die Untersuchung gegen den Diamantenschwinder Lemoine eingestellt.

**Ein Oberleutnant unter Betrugsanklage.** Vor dem Strafgericht der ersten bayrischen Division stand gestern Oberleutnant Max von Bombard vom zweiten bayerischen Infanterieregiment unter der Anklage des Betruges und der Urkundenfälschung. Bombard, der auch als Generalmajor bekannt ist und dessen Namen in zahlreichen Wucherprozessen der letzten Jahre genannt wurde, war sehr schuldig, die Konten, die ihm Kameraden unterschrieben hatten, auf höherer Beträge, als vereinbart war, angefüllt zu haben. Innerhalb dreier Monate kontrahierte Bombard allein rund 100.000 Mark Wechselschulden, welche die bayerischen, ebenfalls bayerische Kavallerieoffiziere, bezahlten mußten. Der Erlös der Wechsel lief zum größten Teil in der Spielbank von Monte Carlo. Der Vertreter der Anklage beantragte, Bombard an einem Jahr und einem Monat Gefängnis, 3000 Mark Geldstrafe und Entfernung aus dem Fregat zu verurteilen. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung, da es sich von der Ablichtung eines Betruges nicht genügend überzeugen konnte. Bombard, der im August vorigen Jahres finanziell in die größte Verlegenheit war, machte damals schon viel von sich reden. Er reiste während seines damaligen Urlaubs nach Merano und wurde dort verhaftet und wegen erschwerter Ungehorsams vom Strafsgericht der ersten Division in Würzburg zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt. Bombard hatte damals dem Kommandanten der Garnison gänzlich falsche Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht.



aus nichts Unausführbares ist und die Breslauer Einwohner sollten auch deshalb am 10. November sozialdemokratische Kandidaten wählen, damit auch in Breslau mit dieser segensreichen Einrichtung begonnen werden kann.

### Wer nicht rot wählt, wird boykottiert!

Wieder, wie bei der Landtagswahl, bringe hier und da die Besichtigung durch, wir könnten bei den Stadtverordnetenwahlen am 10. November die kleinen Kaufleute, Händler, Gastwirte, Bäcker, Fleischer u. dergleichen sozialdemokratisch zu wählen. Selbstverständlich denken wir nicht daran, irgend jemanden zu zwingen, rot zu wählen. Nur vertreten wir nach wie vor den Standpunkt, daß unser Feind ist, wer gegen uns stimmt. Und Feinde werden eben wie Feinde behandelt. Bei einem Feinde laufe ich nicht, wenn ich nicht muß. Wenn man das als „Terrorismus“ auslegt — was kümmert's uns?! Die das übrigens als Terrorismus bezeichnen, handeln sehr unklug, denn man sollte doch nun zur Genüge wissen, daß wir diesen „Terror“ ausüben, um die öffentliche Stimmabgabe und damit die Fälligkeit der Abstimmung zu beseitigen. Namentlich die Freisinnigen sollten lieber Schulter an Schulter mit denen kämpfen, die gleich ihnen das allgemeine Wahlrecht erstrebten. Gewiß haben wir seit den letzten Wahlen Terrorismus geübt, aber wir sind dabei die reinen Waisenkinder gegenüber dem Terrorismus geblieben, den die Gegner und die Regierung bisher uns gegenüber getrieben haben. Ebenso auch der Freisinn bei den letzten Wahlen. Mit Recht sagte darüber Landtagsabgeordneter Genosse Girsch vor einigen Tagen:

„Das Streben der Konservativen geht dahin, alle diejenigen, die nicht dieselbe Gesinnung haben, dem Hunger- und Auszug zu überlassen. (Unruhe reht.) Ich behaupte nichts, was ich nicht beweisen kann. Am 13. Februar 1907 hat ein konservativer Redner an die Regierung das Eruchen geschickt, sie solle in den Staatsstellen keine Arbeiter beschäftigen, die sozialdemokratisch organisiert sind, wie er sich ausdrückte, er meinte, die in den Zentralverbänden der Arbeiter organisiert sind. (Wort, Wort bei den Sozialdemokraten.) Für den Terrorismus der Konservativen liegen sich tausende von Beispielen anführen. Der frühere Polizeipräsident von Wiesbaden, v. Rheinbaben, hat ausdrücklich erklärt: es ist das Recht des Wirtschaftlich Stärkeren, von dem wirtschaftlich Schwächeren zu verlangen, daß er seine Stimme abgibt, die es der wirtschaftlich Stärkere wünscht. (Wort, Wort bei den Sozialdemokraten.) Ist das kein Terrorismus? Im Getreide hat Graf Roon bei Beratung einer Vorlage über Bewilligung von Staatsmitteln zur Errichtung von Arbeiterwohnungen gesagt, durch diese Maßnahmen könne man einen gewissen Einfluß auf die patriotische Gesinnung der Leute gewinnen. Wenn man so sagen dürfte: Was Brot ich esse, des Brod ich frage, so ist noch viel wichtiger: In wessen Wohnung ich lebe, des Brod ich frage. (Wort, Wort bei den Sozialdemokraten.) Das ist mehr als Terrorismus, das ist die Aufforderung, den Feind zu züchten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und genau so verfährt die Regierung, wenn sie Arbeiter und Unterbeamte, die es wagen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, entläßt, also dem Hunger preisgibt. Wir sind also im Vergleich zu ihnen Weisenskindern in Terrorismus; doch werden wir uns bemühen, von ihnen zu lernen. Im übrigen haben wir durch unseren Terrorismus doch wenigstens etwas erreicht, was den Freisinnigen durch alle ihre schonen Reden nicht möglich war. Ist es uns doch gelungen, Herrn Doktor Trendl zum Anhänger der geheimen Wahl zu machen. (Heiterkeit.) Was den Terrorismus der Freisinnigen bei den letzten Landtagswahlen anlangt, so erinnere ich an den bekannten Artikel der Freisinnigen Zeitung, in dem darauf hingewiesen wird, daß das Gros der Beamtenschaft gar nicht und zum Teil sozialdemokratische Wahlmänner gewählt hätte. Das angeblich freisinnige Blatt schreibt: Wir würden es für eine schwere Beleidigung der Beamten halten, wenn man ihnen den unbegründeten Vorwurf machte, einem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben.“

Soweit Genosse Girsch. Man ersieht daraus aufs neue, daß es Heuchelei schlimmster Art ist, uns den Terrorismus als Verbrechen anzukreiden. Wir bleiben deshalb dabei: Wer am 10. November gegen uns stimmt, wird als unser Feind angesehen und danach behandelt.

### Herr von Gossow.

Oder:

Wie ein Amtsvorsteher sich Respekt verhält.

Am Montag hatten wir Gelegenheit, den oft genannten Amtsvorsteher von Schönborn vor dem hiesigen Schöffengericht aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Er hat ein ganz das typische Bild des ostpreussischen Landjüngers: Groß und stark, ein Haub von Geiz, etwa drei Zentner schwer und von recht — gesunder Gesichtsfarbe. Keinerlich wäre er also ganz der „starke Mann“, wie er nach Junkenart sein muß, um die Sozialdemokratie zu überwinden. Leider aber gehört zur erfolgreichen Bekämpfung der Sozialdemokratie etwas mehr als körperliche Kraft und über hervorragende Gesichtsfarbe scheint Herr Gossow, nach dem Eindruck, den er gestern auf uns machte, ebenso wenig zu verfügen, als seine Kollegen im preussischen Abgeordnetenhaus. Doch nun zu seinen Amtshandlungen.

Es war am 23. Juli, als Herr von Gossow im offenen Wagen die Landstraße entlang fuhr. Der Polizeikommissar Theodor Wolff fuhr auf seinem Fahrtrabe desgleichen Weges dem Vorbeigehenden zu. Er überholte den Amtsvorsteher und war fuhr er in sehr „depressivster“ Weise an ihm vorüber, indem er ihn — keines Grüßes würdigte. Da schaltete hinter ihm her eine Donnerkammer: Sie haben zu klingeln, wenn Sie an mir vorbeifahren; ich werde Sie in meiner Eigenschaft als Amtsvorsteher in Strafe nehmen. Der Motor machte zwar tödlich erschrocken sein, doch fiel er zum Glück nicht vom Fede, sondern fuhr gemächlich weiter. Das ausserordentliche Strafmandat blieb nicht aus. Es lautete auf drei Mark Geldstrafe und das Schöffengericht hatte sich gestern mit dem erhobenen Einspruch zu beschäftigen.

Der Sünder erschien nicht selbst vor Gericht, sondern ließ sich durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, vertreten. Dieser gab an, die Strafe sei völlig menschenleer gewesen und der Angeklagte sei in einem Abhänge von drei bis vier Metern von dem Gefährt des Amtsvorstehers vorbeigefahren. Die Zeugenerklärung gestaltete sich dann sehr dramatisch. Nachdem der Amtsvorsteher den Vorfall geschildert, fragte ihn der Verteidiger:

Sagen Sie ja oder nein, ohne zu klingeln, an Ihnen vorbeifahren?

Verteidiger: Die Frage kann ich nicht zulassen.

Verteidiger: Der Angeklagte steht auf dem Standpunkt, der Amtsvorsteher habe ihm bloß aus persönlicher Eifersucht das Strafmandat erteilt.

Zeuge v. Gossow: Ich will die Frage nicht beantworten.

Verteidiger: Daß der Zeuge die Antwort verweigert, genügt mir; damit ist also bewiesen, was der Angeklagte behauptet!

Der Staatsanwalt beantragt hierauf eine Geldstrafe von drei Mark. Rechtsanwalt Simon plädierte dagegen für Freisprechung. Dasselbe Verordnungsamt, die das Klingeln vorschreibt, verbietet nämlich auch jeden überflüssigen Gebrauch der Klingel, und hier war dieser Gebrauch auch nicht nötig; es würde vielmehr auch jeder andere Radfahrer ohne zu klingeln vorbeigefahren sein. Die Anzeige sei nur erfolgt aus persönlicher Eifersucht, weil der Angeklagte dem Amtsvorsteher gegenüber seine Rechte verteidigt. Mehrfach sei der Amtsvorsteher auf Verleihen des Angeklagten bereits vom Landrat rekrutiert worden und jetzt schwebte wieder ein Verfahren gegen ihn beim Richter des Amtes, das ähnlich enden werde, wie das gegen einen anderen bekannten Amtsvorsteher. (Dr. Gussow in Ostpreußen.) Die Verleihenheit, daß der Angeklagte (surdurbares Verbrechen!) nicht klingelte, bot dem Amtsvorsteher die beste Gelegenheit, seinem Daß einmal Ausdruck zu verleihen. Weil der Amtsvorsteher sich sonst nichts zu schaden kommen läßt, und der Amtsvorsteher ihm nichts zu haben kam, deshalb wurde diese Gelegenheit wahrgegriffen. Durch die Verweigerung der Antwort auf die ihm vorgelegte Frage habe ja der Amtsvorsteher selbst zugegeben, daß dem so sei.

Zeuge v. Gossow tritt noch einmal vor und führt aus: Ich tue als Amtsvorsteher nur, was Recht und Gesetz vorschreiben. Die Person des Angeklagten ist mir höchst gleichgültig; ganz schnuppe ist er mir. Ich tue nur, was das Gesetz vorschreibt.

Verteidiger: Ich bitte, diese Aussage zu protokollieren.

Vorsitzender diktiert: Die Person des Angeklagten ist mir ganz gleichgültig.

Verteidiger: Er hat auch geiaat, er tue bloß, was Gesetz und Recht ihm vorschreiben. Ich bitte auch dies zu protokollieren.

Vorsitzender: Haben Sie das gesagt?

Zeuge: Ja, ich tue bloß, was das Gesetz von mir verlangt.

Nach kurzer Beratung wurde der Angeklagte dann zu einer Geldstrafe von einer Mark verurteilt. Das Gericht nahm an, daß Wolff beim Vorbeifahren am Amtsvorsteher hätte klingeln sollen. Der Herr Amtsvorsteher war, nachdem so seine Mission erfüllt war, entlassen und wird demnächst einmal in der Lage sein, zu zeigen, ob seine Tätigkeit wirklich so vollkommen mit Gesetz und Recht übereinstimmt, wie er voll Selbstbewußtsein behauptet. Die Protokollnummer des obigen Falles ist nämlich deshalb erfolgt, damit er Herrn v. Gossow vorgehalten werden kann, wenn die Frage der Verleihenheit aufkommt, die in Schönborn Personen aufgeschaltet hat, eine sozialdemokratische Versammlung zu stiften.

Im übrigen: Ist es nicht ein überwältigendes Bild, das uns dieser Amtsvorsteher in seinem Kampfe gegen einen Radfahrer bietet? Und sollte dieser Herr wirklich behaupten, er hätte sich auf seinen gestrigen „Steg“ sich etwas einzubilden?

Wie wir hören, sind die Ausführungen des Rechtsanwalts Simon dem Herrn v. Gossow herauf auf die Herzen gefallen, daß er die Strafausschüttung und die Anwaltskammer zu Hilfe gerufen hat. Er scheint somit an der einen Niederlage noch nicht genug zu haben.

### Frauenwohl und Sozialdemokratie.

In der vergangenen Woche fand, wie schon berichtet, eine bürgerliche Frauen-Versammlung statt, in welcher ein Vortrag der tüchtigen Frau Regierungsrat Wagner mit daran anschließender Debatte über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Frauen beschäftigt. Einladungen dazu waren vom veranstaltenden Verein auch an die sozialdemokratischen Stadtverordneten ergangen, und dieselben haben sich, trotz ihrer geringen Anzahl — wie immer in solcher Rollen — auch gefunden. Worauf es bei der anjungen Veranstaltung doch zum Teil mit ankommen mußte, war: Vorbereitungen für ihre Beziehungen auf Gleichberechtigung zu erörtern, und Genosse Schrag äußerte nicht, unter dem Beifall der Anwesenden zu vernehmen, daß sich die von Frau Wagner vorgebrachten Wünsche auf diesem Gebiet mit unseren eigenen Forderungen decken. Der Vortrag war nicht besonders erheblich, er betraf sich auch nicht zum ersten Male auf die Frauen, aber doch zu einem interessanten Nachspiel. In der „Breslauer Zeitung“ fand eine besorgte Seele aus dem Hochfesseln von einem letzten Vorfall, den die Genossin des „Mittelschiffes“ doch eigentlich begrüßen sollten, anscheinend eine Mischung des sozialdemokratischen Aufstehens und will dem drohenden Unheil vorbeugen, indem sie folgende Nachschrift ihrem Bericht über die Versammlung beifügt:

„In der letzten Versammlung des Vereins „Frauenwohl“ in die wenig charaktervolle Art vorübergeht. In der der Stadtverordnete Schrag die bürgerlichen Frauen resp. ihre Wünsche umzusetzen hat. Die anwesenden bürgerlichen Männer haben sich, nach meinem Dafürhalten, eine allzu vernehme Meerte (1) aufgelegt, indem sie verstanden, die Hand über der hiesigen Sozialdemokratie ins rechte Licht zu setzen — vielleicht im höchsten Grade ihres reichlichen Mandatbesitzes. Mit Unrecht: von dem tatsächlichen Verhalten der Sozialdemokratie konnten und sollten die bürgerlichen Parteien unbedingt lernen. Diese Partei liest keine Gelegenheiten — seien es auch nur Frauen-Versammlungen — verübergehen, ohne sich und ihre Taten der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zu rufen, sich als einzige Säulen des Fortschritts aufzuführen. Vernehme Juridikation aber in der Andolenz nahe herkommt und als solche durchaus keine Genossin, mit der man realistische Politik machen kann. — Da ich nun annehme, daß kaum eine der am Donnerstag in der Sitzung anwesenden Frauen die „Vollmacht“ hat, will ich den bürgerlichen Frauen sagen, daß dieselbe Herr Schrag, der für sich und seine Genossin ihre Verhältnisse gütlich annehmen will und sich als der Verfechter ihrer Rechte im Stadtparlament hinstellt, in seinem Munde, der „Vollmacht“, häufig, zu besonders während und nach der Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine verstanden und kritischen Raum gibt, die in häßlicher Weise über die Beziehungen und Arbeiten der bürgerlichen Frauen losziehen! Nicht mit einem Worte der Anerkennung wird dort der selbstlosen Arbeit unserer hervorragenden Frauen gedacht, die als Gründerrinnen einer Anzahl in sozialer Sinne wirkender Einrichtungen und Vereine sich ein großes Verdienst um die Bevölkerung Breslavs erworben haben. Organisationen wie der Reichsverband, die soziale Hilfsgruppe u. dergleichen, von denen Teile proletarischer Frauen zugute; in keinem Falle wird Rat und Hilfe wegen bestimmter Parteizugehörigkeit verweigert. Der Ruben, diese mit Selbstverleugnung arbeitenden Frauen häßlich herunterzuziehen, ist der Breslauer Sozialdemokratie vorzuziehen geblieben. Diefelben Männer sind es auch, die die proletarischen Frauen hindern, sich der bürgerlichen Frauenbewegung anzuschließen, um gemeinsam größere Rechte für alle Frauen zu erwirken; denn höher als die Forderung der Gleichberechtigung gegen die Frau, steht ihnen ihr persönlicher Zweck: die Klassenverehrung.“

Wenn diese Zeiten auch nicht dieselbe Bedeutung haben können, wie ein paar Worte zu rechter Zeit in der Versammlung gesprochen, so wollte ich doch das Gefühl nicht unterdrücken, das protestiert werden müßte gegen die Selbstheit, sich als bessere Vertreter von Frauenrechten hinzustellen, deren Lebensarbeit man so herzlich wenig Verständnis, Achtung und Anteil entgegenbringt. Hierin liegt nicht der Charakter der Ueberzeugungstreue, der meines Erachtens allein einen schätzbaren Aufwärtstreiber herbeiführt.“

Irgend eine ängstliche Seele zu her öffentlichen Warnung an die Männer verführte. Da sie aber eine Anzahl notorischer Unrichtigkeiten enthält, weisen wir sie — schon um das Verhältnis zum „Frauenwohl“ zu klären, in dessen Reihen wir die Verfasserin zu suchen haben — zurück. Die „Vollmacht“ soll danach nie etwas anderes getan haben, als in häßlichen Angriffen gegen die bürgerlichen Frauen loszuziehen. Statt selbstloser Arbeit Anerkennung zu zollen. Selbstsam — seit Jahren erlucht der Verein „Frauenwohl“ die „Vollmacht“, wie alle anderen Zeitungen, um Bekanntheit seiner Veranstaltungen im reaktionellen Teil, seit Jahren kommen wir diesem Wunsche nach, und wo es uns für die Arbeiterfrauen einmal nötig erscheint, fügen wir auch einen besonderen Hinweis über die Möglichkeit der Veranstaltung und ihren Besuch hinzu. Fast jedesmal haben wir beim der Veranstaltung über die Schuldeputation oder bei dem Manuskriptvortrag von Effe Mörs — bald ohne Stellung zu nehmen, bald auch kritisch und abweisend — wie es unsere Ueberzeugung erfordert. Diese Ueberzeugung geht dahin, daß eine grundsätzliche Anerkennung der rechtlichen Stellung der Frauen erst mit einer ebenfalschen Anerkennung der Selbstbehauptung vor sich gehen kann, weil sie von den letzteren abhängt. Unbeschadet dieses prinzipiellen Gegensatzes gibt es natürlich eine Verständigung, die mit zumutenden können, zum Beispiel die Wahlrechtsfrage. Prinzipielle Uebereinstimmung hat wohl auch ein bürgerlicher Frauenverein von einem sozialdemokratischen Walle nicht erwartet. Diese klare Situation ist die Schreiberin niedrig genug zu bezeichnen mit „Angriffen wie Klassenverehrung, der persönliche Zweck der Führer“. Wäre der Vorwurf im Anschluß an eine beifällig aufgenommene Rede bei den bürgerlichen Frauen nicht gar so abern, man müßte ihn selbst nennen. Es handelt sich ja für uns nicht einmal um Gewinnung von Chancen für die Stadtverordnetenwahl; soweit die dort anwesenden Frauen wahlberechtigte Angehörige haben, gehören diese überwiegend in die zweite Wählerklasse! Nur das Interesse für die Sache und die Art der Selbstheit der Einladung gegenüber lag für unsere Auseinandersetzung vor. Und damit die Nichtanwesenden sich über den Mangel an Charakter und die „Verehrung“ in der Rede des Genossen Schrag unterrichten können, geben wir sie hier wieder:

Nicht nur die von der Rednerin des Abends erwähnten Vorzüge, sondern auch eine ganze Reihe anderer, aus denen die Rechtfertigung der Frau erkennbar ist, könnten noch angeführt werden. Die Städte-Ordnung ist das Produkt der großen französischen Revolution, sie wurde erlassen, als Napoleon der preussischen Unterthürlichkeit ein läches Ende bereitet hatte. Es gibt und gab zu allen Zeiten Männer genug, welche kein Interesse für die Teilnahme an der städtischen Verwaltung zeigten, aber auch an großen Vorbildern fehlt es nicht. Wenn wir jetzt zur Jahrhundertfeier der Städte-Ordnung den Blick rückwärts wenden und Verweise aufstellen, so sollen diese sehr zu Ununken für den heutigen Welt aus. Die Bestimmungen von 1808 waren liberaler als die der Städte-Ordnung von 1853.

Die Vortragende sagte, die Männer können es nicht verstehen, daß die Frau eine etwante Vertretung haben muß. Darin dürfte sie irren, aber die Männer hatten am Althergebrachten fest und sind trotz ihres Liberalismus durch und durch konservativ. An Mitteln, mit deren Hilfe die Gleichberechtigung der Frau von dieser Seite bekämpft wurde, fehlt es gerade nicht. Sogar die Prozeduren mußte herhalten. Ist doch sehr oft der Versuch gemacht worden, die Frau ganz allseitig in Rücksicht auf ihre Gehirnorganisation als inferior zu bezeichnen. Ist es so? Ich laue nicht. (Lebhafter Beifall.) Der Widerwille gewisser Männer gegen die Gleichberechtigung der Frau hat einen viel tieferen Grund, es gibt eine nicht unbedeutende Zahl von Herren der Embryonalwelt, welche alle Ursache haben, die Konkurrenz der Frau nicht nur auf diesem, sondern auf allen Gebieten zu fürchten, und daher die Abneigung gegen die Gleichberechtigung. (Beifall.)

Die Einführung des Reichstagswahlrechts der Männer und Frauen auch für die Gemeinde wird sehr langsam von der Sozialdemokratie gefordert. Und was ist der Lohn? Als Waren werden wir betrachtet. Die Stadtverwaltung braucht charaktervolle Männer, weil die Selbstverwaltung in Gefahr ist, aber sehen Sie sich bitte einmal in Ihren Kreisen um, wie es da aussieht. Die Forderungen, welche die Rednerin des Abends aufstellte, sind von uns und sind in noch weitergehenderer umfassender Weise im sozialdemokratischen Gemeinde-Programm enthalten. Daß Frauen nicht in größerem Umfange zur Vertretung in kommunalen Dingen herangezogen werden, verhalten ihre liberalen Gesinnungsanliegen. Die Frau könnte im kommunalen Dienste großes leisten, aber die Kurzsichtigkeit gewisser Kreise hindert das. Die Wahrheitsminderer laue bei diesem Vorfall der Rednerin, was sage sie aber dazu, daß man hier bestritt war, die Einführung einer so segensreichen Einrichtung, als die der Mittelschiffen, zu bekämpfen. Rechnlich erging es der Gehirnanalyse-Verfasserin. Liberale Herren waren es, welche bestritt waren, das Schiff an den vielen künstlichen Klauen zu verhalten zu lassen. Ihr Appell, meine Damen, an die Männer wird in diesem Falle verhalten, nur wenige haben Verständnis für Ihre berechtigten Forderungen. Hier ist die Rede zum weiblichen Geschlecht bei recht vielen Männern rein platonisch. (Heiterkeit.) Ich beate die Ihr Bestreben, welches darin besteht, die Rechte der Frau zu erweitern, und aus diesem Grunde bin ich der an mich ergangenen Einladung zu dieser Versammlung gern gefügt.

Jedenfalls kann ich der Versicherung Ausdruck geben, daß Sie in diesem Kampfe mich und meine Parteifreunde an Ihrer Seite finden werden.“

Die Frauen bekräftigten, wie erwähnt, die Ausführungen mit Beifall; sollte sich der Verein „Frauenwohl“ mit der Unterstützung der „Breslauer Zeitung“ identifizieren, dann wissen wir, welche Konsequenzen sich für uns ergeben. Wir brägen uns nicht auf und verlieren kein Wort, um diese Entwidlung zu hindern. Aber das Schweigen der Herren Liberalen, es hat einen tieferen Grund, genau wie bei den Sonntagstrube-Versammlungen der Bundesgenossen und bei anderen Gelegenheiten. Sie kommen zum Neben oft noch schneller weg. Wollen aber die Frauen ihre Hoffnung an eine Sozialistenhilfe knüpfen — wir können's nicht hindern und müssen sie in diesen Irrtum hineintappen lassen. Ueber die Erfahrungen, die sie dabei machen, sprechen wir uns in ein paar Jahren!

### \* Eine sogenannte Stadtverordneten-Wähler-Versammlung hatte der Dblauerortbeirverein am Montag Abend in Szene gesetzt. Etwa 40—45 Personen, darunter mehrere Genossen, hörten sich die Reden an, in welchen das „Christentum“, konzentriert in den Vereinigten Parteien, die größte Rolle spielte. Herr Stadtverordneter Finger, der dagegen Einspruch erhob, antisemitischer Reden fähig zu sein, machte trotzdem ein klein wenig Zuversicht, ebenso wie andere Sprecher dagegen sich empörten, daß ein jüdischer Justizrat Mitglied der Schuldeputation für Christenkind ist. Gott, wie schrecklich! Die liberale Wahlagitation glaubte Herr Finger durch die geistreiche Bemerkung abtun zu können: Was würden die Herren Heilberg uhm. sagen, wenn wir Christen Vertreter in die Synagogen-Verwaltung wählen wollten! Der Unterschied zwischen Stadtparlament und „Gotteshäusern“ scheint demnach Herrn Finger noch nicht ganz klar zu sein. Die Geistlichkeit war durch Herrn Kuratus Pennig vertreten, welcher die ungeschicktesten Menschen eines christlichen Mitglieds ins rechte Gleis brachte. Die Sozialdemokratie kam bei den Ausführungen der Redner ziemlich glimpflich weg, vielleicht war



Mitteilung von einem nach der Versammlung stattfindenden „gemüthlichen“ Beisammensein, und da wir keine Spielverderber sind, und jedem gern das Seine gönnen, gingen wir unseres Weges, damit der bläherige Stoff der Unterhaltung nicht etwa durch klüftigeren ersetzt würde.

## Aus dem Wahlkreise Waldenburg.

Waldenburg, den 3. November.

Die Kommunalpolitik der Stadt Waldenburg. Wenn wir auch in unserem Stadtparlament noch keinen Vertreter der Arbeiterschaft haben, so sind wir doch verpflichtet, den kommunalen Angelegenheiten der Kreisstadt volle Aufmerksamkeit zu schenken. Waldenburg ist das Herz des Kreises in industrieller, kommerzieller und intellektueller Beziehung. Die Einwohnerzahl ist auf 18.200 gestiegen. In gesundheitlicher Beziehung verdient bemerkt zu werden, daß seit 1900 die Sterblichkeitsziffer langsam gefallen ist. Allerdings steht sie immer noch weit über dem Durchschnitt im Deutschen Reich. Mit Recht weist der Verwaltungsbericht darauf hin, daß die intensive Tätigkeit des städtischen Untersuchungsamtes in Bezug auf die Nahrungsmittelkontrolle, besonders der Milch, den größten Einfluß zur Besserung ausgeübt hat. Von 1920 entnommenen Proben wurden 235 beanstandet, was einen recht bedeutenden Prozentsatz ausmacht. Die Fertigstellung der Kanalisation wird das ihrige dazu beitragen, die Krankheitsherde der Abwässer zu beseitigen. Lobend erwähnt werden verdient, daß die Stadt bestrebt ist, ihren Grundbesitz ständig zu erweitern, sie jetzt 48.845,37 Hektar. In sozialpolitischer Hinsicht vorbildlich ist für viele Städte Schlesiens die Tatsache, daß die Stadt Wasserwerk, Gasanstalt, Schlachthof und Badeanstalt in eigener Regie bewirtschaftet und dadurch den erzielten Gewinn aus diesen Monopolbetrieben der Kommune nutzbar macht. Da diese Betriebe, speziell Wasserwerk und Gasanstalt große Ueberschüsse erzielen, ist es der Stadt möglich, für ihre sonstige kulturelle Entwicklung erhebliche Aufwendung zu machen. Waldenburg vor 10 Jahren machte im Vergleich zu jetzt einen sehr traurigen Eindruck, Pfister und Bewohnungsweise mahnten größtenteils noch an mittelalterliche Zeiten. Jetzt haben wir teilweise gutes Pfister, ferner elektrische Beleuchtung, Schmuckplätze u. d. m., sodas die Stadt im großen und ganzen ein gefälliges Ansehen erlangt hat. Die Neubauten der neuen Schule sowie der Post trugen noch das ihrige dazu bei, den ästhetischen Eindruck zu erhöhen. Das neue Schulgebäude gilt als musterhaft und bildet in architektonischer Hinsicht wie in seiner praktischen Einrichtung eine Sehenswürdigkeit.

Trotz des Zuschusses von 100.173 Mk. an das Wasserwerk, sowie 33.483 Mk. an die Gasanstalt für Neubauten erzielte die Kämmereikasse einen Ueberschuß von 77.182,35 Mk., das Vermögen der Stadt beträgt 8.818.949,01 Mk., die Gesamtschulden betragen 3.604.796,68 Mk. Das Vermögen bezieht sich demnach auf 5.214.152,33 Mk., gegen 4.529.797,00 Mk. im Vorjahr. Somit hat sich das Vermögen um fast 700.000 Mk. vermehrt. Dazu verhalf ihr zunächst die Sparkasse, die einen Reingewinn von 139.104 Mk. abwarf. Das Wasserwerk erzielte einen Ueberschuß von 107,587 Mk. Die städtische Badanstalt dagegen erforderte einen Jahreszuschuß von 3465 Mk. Der Schulelast stellt sich wie folgt: Die Gymnasialkasse erforderte einen städtischen Zuschuß 21.190 Mk., einen staatlichen von 15.000 Mk. bei einer Schülerzahl von 271. Die höhere Töchterschule erforderte 14.546 Mk. Zuschuß bei 229 Schülern. Die Volksschule erforderte 102.939 Mk. bei 2255 Schülern. Demnach wendet die Stadt für einen Schüler des Gymnasiums 133,92 Mk., für einen Schüler der Töchterschule 63,50 Mk., für einen Volksschüler aber nur 45,61 Mk. auf. Das bedeutet, daß für die Söhne wohlhabender Eltern ein dreimal so hoher Zuschuß gezahlt wird, als für die Kinder der Proletarier. Auch sonst sorgt in der Kommune das Kapital für seine Entlastung und um so größere Belastung ärmerer Taschen.

Die Personenstandsaufnahme ergab am 31. Oktober 1907 17.840 Seelen, am 31. Dezember 1907 18.200 Seelen und zwar hat die Stadt 10.586 evangelische, 6823 katholische, 191 lutherische, 30 altkatholische, 51 apostolisch-katholische, 145 Israeliten und 14 Dissidenten als Einwohner. Dem Verufe nach stellen die Bergarbeiter die größte Zahl, nämlich 1809. Dann folgen sonstige gewerbliche Arbeiter mit 1611, alsdann 281 selbständige Kaufleute, 335 selbständige Handwerker, sowie 461 Beamte und Lehrer. Daraus zeigt sich klar, daß die Arbeiterschaft in Waldenburg wie überall ein recht beachtenswerter Faktor ist und es muß deshalb auch die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, direkten Einfluß auf die Entwicklung der Stadt zu gewinnen.

Eine „Volkswacht“-Agitation findet am kommenden Sonntag in Waldenburg statt. Treffpunkt Morgens 8 Uhr im Arbeitersekretariat, Friedländerstraße 28. Genossen, durch diese Agitation wollen wir eine Antwort geben auf das 500-Mark-Urteil, das wegen der Veröffentlichung des geheimen Aktenmaterials über die reichstreuen Schlampereien gefällt worden ist. Und könnte es eine bessere Antwort auf dieses Urteil geben, als die Gewinnung von 500 neuen Abonnenten? Deshalb: Auf jede Mark ein neuer Mitkämpfer! sei unsere Forderung, der sich hoffentlich am kommenden Sonntag kein aufgeregter Arbeiter entziehen wird.

Die Wohnung des Distriktsführers für Waldenburg befindet sich Gartenstraße 9, I.

Neu-Salzbrunn. Der Volkstott ist am Sonntag energetisch durchgelutet worden und Herr Wieland wußte seine Wirkung an seiner Energie sehr unliebbar empfinden. Wenn auch der kalte Herr Keller Seibel nicht auf dem Posten war und die Mädchen von der Straße hereinzufluchen versuchte und wenn auch Herr Wieland recht Frau und Töchter vor dem Solale noch so fleißig auf- und abgingen, es half alles nichts, der Saal blieb leer. Es tanzten höchstens einmal Paare. Und das wird nun bis auf weiteres so bleiben, bis Herr Wieland sich dazu beirrt, und seinen Saal wieder zur Verfügung zu stellen. Ein Wirt, der uns den Saal nicht gibt, braucht auch von uns kein Geld.

Weißstein. Infolge Explosions eines Petroleumlampe verunglückte am Sonntagabend der bei der Firma Weibrauch u. Zimmer beschäftigte Gasarbeiter Hermann Prantz. Er erlitt schwere Brandwunden und in seiner

Schmerzen zubringen, die ihm höchstens Bisse gutteln würde. In diesem Betende gibt es wohl eine Gasbelandung, die aber nach Aussagen der Arbeiter so schlecht infaund gehalten ist, daß sie nicht benutzt werden kann.

Nieder-Wallegiersdorf. Schwerk verunglückt in der Rimmermann Wein- und Obst- und Ober-Wallegiersdorf, der bei der Firma Kaufmann beschäftigt war, am Freitag früh beim Ueberlassen eines schweren Koffers wurde ihm, da nicht genügend Arbeiter zur Stelle waren, ein Bein geschnitten.

Waldenburg. In einer folgenschweren Schlägerei, bei der das Weller eine große Rolle spielte, kam es in der Nacht vom Sonntag auf Montag vor dem Bahnhof zum goldenen „Frieden“. Der 24-jährige in Kitzau anlässige Wägenarbeiter Schlotter wurde im Verlaufe der Schlägerei derartig schwer verletzt, daß er in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Täter, eine Anzahl junger Burschen, die im ganzen Orte als äußerst gewalttätig bekannt sind, wurden im Laufe des Sonntags sämtlich verhaftet.

## Aus Schlesien und Posen.

Siegenitz, 2. November. Ein letztes Wort! Am morgigen Mittwoch finden die Wahlen für die dritte Abteilung statt. Es empfiehlt einem jeden wahlberechtigten Arbeiter die sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben. Der Wahlkampf ist, abgesehen von einigen Ausfällen des bekannten Herrn Peiser, in anständiger Weise geführt worden. Die Verhaltung der Sozialdemokratie ist das Klageobjekt unserer Gegner, welches in jeder Parteivereinberathung und überhaupt bei allen Vereinszusammenkünften angestimmt wurde. In der Siegninger Arbeiterkassette wird es nun liegen, zu zeigen, daß sie nicht länger gewillt ist, unbescherten im Stadtparlament zu sein. Das kann aber nur gelingen, wenn Mann für Mann zur Wahl geht. Eine Anrede, welcher Art sie auch sei, darf und kann es für einen Arbeiter nicht geben. Wenn es also ernst darum zu tun ist, der muß seiner Wahlpflicht genügen. Die Aussichten sind nicht ungünstig für uns, was allen Parteigenossen ein Ansporn sein muß, die sonst Gleichgültigen aufzumuntern und ihnen das Interesse für eure Interessen, eure Rechte. Es gilt zu zeigen, daß auch die Sozialdemokratie in Siegnitz im Vorwärtsschreiten begriffen ist. Wer will, daß der herrschenden Interessengruppe in der Stadtverordneten-Versammlung eine energische Opposition entgegengebracht werden soll, der wähle am Mittwoch, den 4. November unsere Kandidaten:

- Max Mohring, Geschäftsführer.
- Paul Seider, Kassenhalter.
- Friedrich Mössner, Dekonom.
- Heinrich Ulber, Kassen-Revisor.
- Max Nieberst, Kassenhalter.
- Rudolf Posner, Maurer.
- Georg Moser, Kolporteur.
- Otto Fritsch, Gewerkschaftsleiter.

Freiburg, 3. Oktober. Aus der Partei. In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete zunächst der Vorsitzende den Jahresbericht. Es fanden im Berichtsjahre sieben Mitglieder- und fünf öffentliche Versammlungen statt. Die Stadtverordnetenwahlen vom vorigen Jahre brachten uns einen Zuwachs von 75 Stimmen. Ganz erheblich fielen die Gemeindevorstandswahlen in Kitzau und Polenz aus. Während in ersterem Orte unsere Kandidaten in der dritten Abteilung gewählt wurden, stieg unsere Stimmenzahl in Polenz von 32 auf 114, so daß wir in die Stichwahl gelangten, in der wir jedoch mit 146 gegen 158 Stimmen unterlagen. Auch die diesjährigen Wahlenwahlungen zeigten, daß die Kundt vor der öffentlichen Stimmaufgabe immer mehr in Schattens begriffen ist. Das Ergebnis war in unserer Gegend die Wahl von 14 Wahlmännern, auf die sich rund 600 Wahlberechtigten vereinigten. Das sind 60 Prozent der Reichstagswahlberechtigten. Die Jahreserlöse betragen 119,73 Mk., die Ausgaben dagegen 902,61 Mk., es bleibt mit 782,88 Mk. ein Bestand von 217,09 Mk. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Die Mitgliedszahl beträgt gegenwärtig 421. Klausur gab Genosse Anderson namens der Kreisler Gemeindevorsteher einen Bericht über ihre Tätigkeit, der sich auf sieben Sitzungen erstreckte. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Genossen befreit waren, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Die folgende Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes bis auf den kürzester Genossen Seider, der eine Wiederwahl ablehnte. Die Neuwahl des Kassierers soll in der nächsten Versammlung vorgenommen werden. Als Revisoren wurden die Genossen Vetsner, Schwarz und Polowitz gewählt. Im weiteren wurde auf den Sonntag den 21. d. Mts. beginnenden Winterkursus des Genossen Nichte-Verstja eingeladen und aufgefordert, sich zahlreich daran zu beteiligen. Die Vorträge finden jeden Sonntagabend statt. Jeder Genosse, dem es erwünscht ist die Erweiterung seines Wissens zu tun ist, benutze die Gelegenheit. Der Eintritt ist abends auf nur 10 Pf. pro Abend bemessen worden, um jedem Genossen die Teilnahme zu ermöglichen.

Freiburg, 3. November. Die Transportarbeiter nahmen in der am Sonntag abgehaltenen Mitglieder-Versammlung zunächst einen ausführlichen Bericht von der Konferenz in Breslau entgegen. Mit den Beschlüssen derselben erklärten sie sich einverstanden. Daraus wurde die Abrechnung für das dritte Quartal bekannt gegeben. Die Einnahmen betragen 602,47 Mk., die Ausgaben dagegen 382,03 Mk., sodas ein Kassenbestand von 220,44 Mk. verbleibt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Das diesjährige Wintervergnügen wurde auf den 29. November festgesetzt.

Striegau, 31. Oktober. Dittung. Zum Deankmalfonds für Genossen Paul und Agnes Kerner hat mir ein: Saitler J. Schott 50 Pf., Schumacher August Heidrich 1 Mk., Saitler 3 Steinarbeiter Firma Rhoder, Wäbener Bruch 4,25 Mk., Saitler 18 Steinarbeiter Firma Sachs 8 Mk., Saitler 18 Steinarbeiter Witz und Heibich 12,70 Mk., Saitler 19 Steinarbeiter Firma Lehmann Pappebruch 12,05 Mk., Saitler 20 Steinarbeiter Firma Kultima, Ober-Bruch 8,70 Mk., Saitler 21 Steinarbeiter Firma Seibel 9,80 Mk., Saitler 23 Steinarbeiter Firma Kultima, Gröben 4,70 Mk., Saitler 24 Steinarbeiter Firma Lehmann, Berliner Bruch 8 Mk., und Wäbenerin Schweidnitz 5 Mk., bereits quittiert 45,15 Mk., Summa 114,93 Mk. Paul Kanger.

Schweidnitz, 31. Oktober. Gewerkschaftskarte. In der am 13. Oktober er. stattgefundenen Sitzung gab der Kassierer den Bericht der Kartellkassette vom 3. Quartal, welche mit einem Bestande von 87,59 Mk. eine Einnahme von 149,99 Mk. und eine Ausgabe von 26,55 Mk. zu verzeichnen hatte. Bestand bleiben 124,44 Mk. Der Bildungsfonds schließt mit einem Defizit von 6,48 Mk. ab. Sodann wurde der Entwurf eines neuen Ortsstatuts für das hiesige Gewerkschaft, welches vom Magistrat den Besitzern zur Begutachtung vorgegangen ist, eingehend besprochen. Allgemein hatte man gegen die Einführung der Verhältnismäßig, welche dieser Entwurf vorsieht, nichts einzuwenden, aber man sollte dilligerweise auch diesen Wohlstand nicht nur dort einführen, wo die ihre organisierte Arbeiterschaft nicht in der Majorität ist. Vor allem möchte er auch bei anderen Körperschaften, z. B. der Stadtverordnetenwahl, eingeführt werden. Es ist aber von unseren Stadtvätern eine solche Konsequenz nicht zu erwarten. Die Delegierten von der Konferenz, wenn man an unserer Gewerkschaft etwas ändern will, so soll man mindestens ganze Arbeit tun und den Gewerkschaft auch an den Reich (außer Reichsra) ausbreiten. Es wurde beschlossen, daß

im Falle werden dies Vorgehen nicht begehren und sich nicht anziehen. Sodann wurde beschlossen, den Reichstags, 23. Okt., zu überweisen. Einige kleine Angelegenheiten fanden nach ihrer Beledigung.

Umschulung des Metallarbeiters Bauer, Tabalarbeiter Schmidt, Hammerer Scholz und ein Holzarbeiter. Die Vertretung des erkrankten Genossen Biele wurde Genosse Meinhold Seibel mit der Verwaltung des Reichstagsbüros und der Bibliothek bestimmt. Biele wird in die Wohnung des Genossen Seibel, Langstraße 64, verlegt.

Jauer, 31. Oktober. Wahlverein. In der letzten Mitglieder-Versammlung erstattete zunächst der Vertrauensmann den Jahresbericht vom 3. Quartal, welcher bei einem Vortrag von 27,17 Mk. für das 4. Quartal mit 51,30 Mk. balanciert. Genosse P. d. e. wurde als Vertrauensmann für Jauer wiedergewählt. Der vom Reichsvorstand angewandte Genosse P. d. e. Landeshut, schloste die Vorstandswahl im vorigen Baugewerbe und warnte vor Jung nach dort. Anschließend wurden folgende Genosse P. d. e. als Kandidat des 10-jährigen Bestehens des Wahlvereins des Landeshut. Im letzten Jahre haben die Mitgliederkassette den folgenden Bestand: Im Vorbestand von 182 auf 170, in Jauer von 75 auf 128, in Liebau von 27 auf 39, in Steinwalde von 39 auf 148, im Bergarbeiterbestand von 35 auf 189; insgesamt also von 460 Mitgliedern im Jahre 1907 auf 770 am 10. Oktober 1908. Wie in Landeshut soll auch hier das Bezugsystem eingeführt werden. Ein Antrag, die Beschlüsse des Hauptvorstandes in Landeshut auch in der „Volkswacht“ zu veröffentlichen, wurde angenommen. Zu Reichsvorstand wurden die Genossen P. d. e. und Weidner, zum Schriftführer Genosse Lauer, zum Reichskassierer Genosse Müller, Vorkassierer Genosse P. d. e. bestimmt. Die Genossen seien noch darauf aufmerksam gemacht, daß in nächster Zeit die Mitglieder durch die Unterführer einzogegen werden bezugs Abstimmung der Karten.

Siebersberg, 30. Oktober. Eine Versammlung für Maschinenbau und Heizer fand am Sonntagabend statt. Genosse K. d. e. referierte über die Wirkende dieses Berufes und seine Gefahren. Obwohl obenbereits noch Stundenlöhne von 15 Pf. vorkommen, erkennen viele Arbeiter das mangelhafte ihrer Lage noch nicht und stehen der Organisations fern. In drastischen Beispielen führte Redner aus, daß die Axtsucht und Eigenbrödel einer der größten Krebschäden unter den Kollegen sei, habe ihm doch ein Kollege erzählt, er könne dem Verbands nicht beitreten da er Maschinenmeister wäre. Am Schlusse seiner Ausführungen ermahnte der Redner die Anwesenden, Mann für Mann bei Organisations beizutreten, ein Schulten an Schulten für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

In der Diskussion nahm ein Kollege Saloman das Wort und sagte über mangelhafte Aufführung. Er bedauerte, daß sich die drei bestehenden Verbände (freien Gewerkschaften, Sieber und sächsischer Verband) nicht vereinigten, um gemeinsam zu arbeiten. Nicht wenig erstaunt waren die Anwesenden, als der zweite Diskussionsredner erklärte, Vorkassierer sei Mitglied. In sogar Vorkassierer der sächsischen Steinseifen des sächsischen Verbandes. Am geschloste K. d. e. an der Hand von Tatsachen dieses Verbandes, welches ganze 4000 Mitglieder zähle und dessen Vorkassierer, Gemlich, auf einem Verbandstage erklärt habe: „Sireil sei eine Nebensache.“ Redner erklärte, daß der sächsische Verband zu den gelben Gewerkschaften gehöre. Schließlich wurde in Anregung gebracht, den sächsischen Verband, sächsische Steinseifen, zu besuchen, eine General-Versammlung einzuberufen und zu dieser den Hauptvorstand einzuladen. K. d. e. werde in dieser Versammlung auf jeden Fall anwesend sein, wenn man ihm rechtzeitig davon Kenntnis gebe. In dieser Versammlung sollen die Mitglieder des sächsischen Verbandes dann die gewünschte Aufführung erhalten. Öffentlich verfahren wie schon so oft: „Wir haben davon nichts gewußt. Sätze man uns rechtzeitig davon benachrichtigt, dann wären wir unbedingt gekommen.“

Messstadt, 31. Oktober. Gewerkschafts-Versammlung. Die wirtschaftlichen Misse und ihre Wirkungen war das Thema, über welches Genosse Redakteur Winia in Hamburg in einer auf besuchten Versammlung referierte. In der ersten hiesigen Ausführungen verstand es der Referent, die Anwesenden über die ungewisse und unzureichende Produktion aller Gebrauchsgüter und die hieraus sich ergebende Entwertung des gesamten Wirtschaftslbens aufzuklären. Er legte dar, wie auf der einen Seite das unbeschreibliche Elend trotz der größten körperlichen Mühen und Anstrengungen, ganz besonders im sächsischen Schieferlande, vorherrschend ist, während auf der anderen Seite der lukullische Ueberschuss, den je ein menschliches Dorn auszubringen vermochte, die wüsten Regionen feiert. Auf den Beruf der Maurer noch besonders eingegangen, sagte er an der Hand von Beispielen, daß die Tätigkeit der Organisations nur allein geeignet sei, die Ungleichheiten im gesamten Wirtschaftleben zu beseitigen. Lebhafter Beifall folgte dem effelnden Vortrage.

Königsbrunn, 31. Oktober. Die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins war diesmal sehr gut besucht. Genosse H. d. e. hatte den Bericht vom Abnehmer Parteilan und hob speziell die Forderung hervor, wonach eine Resolution, welche den Beschluß in der Forderung ausdrücklich billigt, einstimmig angenommen wurde. Bei den Ergänzungsarbeiten zum Vorstand wurden die Genossen Karwath als Vorkassierer, Malinka als Kassierer, Genosse Stern als Schriftführer gewählt. Daraus berichtet Genosse Politke über die von der Nationalkommission für den 8. November nach Jauer einberufenen Parteikonferenz und werden anschließend die dort festgesetzten Einzelstatuten wie das Einheitsmitgliedbuch beraten. Als Delegierte zur Konferenz wurden gewählt die Genossen Karger, Karwath, Sternol, Malinka und Sypora.

## Neueste Nachrichten.

### Die Kanzlerkrise.

Berlin, 3. November. (S. L. V.) Wie die „Konservative Korrespondenz“ meldet, wird die Veröffentlichung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ Gegenstand einer Interpellation im Reichstage bilden. — Dafür werden andere sorgen.

Brüssel, 3. November. (S. L. V.) Die gestrigen Abendblätter besprechen die deutsche Kanzlerkrise ausführlich. Die Lage des Reichskanzlers wird als unhaltbar bezeichnet, der Rücktritt als unvermeidlich.

### Das Echo.

London, 3. November. (S. L. V.) 60 Mitglieder des Unterhauses beschloßen die Gründung eines Ausschusses zum Studium der Frage der Vergrößerung der Flotten. Das Komitee ist gestern bereits zusammengetreten und hat den Abgeordneten Long zum Vorsitzenden gewählt.

Madrid, 2. November. (S. L. V.) Die Grubenarbeiter von Rio Tinto haben heute in den Ausstand. Militär ist in das Ausstandsgebiet abmarschiert worden.

## Versammlungen und Vereine.

Gottesberg. Das Arbeitersekretariat befindet sich Fürstensteinerstraße 19, eine Treppe. Sprechstunden: Jeden Donnerstag von 10 Uhr Vorm. bis 4 Uhr Nachm.

Kattowitz. Arbeiter-Sekretariat. Geöffnet jeden Donnerstag von 9 bis 1 Uhr und Abends von 8 1/2 bis



Abzahlungs-Geschäfte
Hermann, Max, Breslau, Ring 22.

Bandagisten
Fisch, W., Reichstr. 36.

Bäckereien u. Konditoreien
Berger, G., Neue Lausenerstr. 78.

Färberei und Wäscherei
Kelling, W., Färberei u. dem. Wollhandl.

Fahrräder, Nähmaschinen
Gentel, G., Adlerstr. 29.

Gomann, Wilhelm, Braue 4.

Kühn, H., Zeitungsstr. 53.

Philipp, Max, Markgr. Str. 10.

Swienty, Josef, Matthesstr. 98.

Werners Kronenräder, Reudorfstr. 2.

Fische und Delikatessen
Moritz, W., Marktstr. 159.

Fleischereien
W. Altmann, Ring-Str. 160/162.

Jullus Geisel, vorm. C. Fuchs, Am Rathaus Nr. 23-27.

Bier-Brauereien
Brauerei Union-Brauerei, Grödenstr.

Bilder-Einrahmung
W. H., Grödenstr. 5.

Briketts, Kohlen
Fisch, W., Mittelgasse 6 (Kuhwerk).

Butter-Handlungen
W. H., Grödenstr. 5.

Destillationen
W. H., Grödenstr. 5.

Drogen und Farben
Hoffmann, G., Grödenstr. 24.

Eisen- u. Stahlwaren
Gärtner, Wilhelm, Braue 4.

Färberei und Wäscherei
Kelling, W., Färberei u. dem. Wollhandl.

Fahrräder, Nähmaschinen
Gentel, G., Adlerstr. 29.

Gomann, Wilhelm, Braue 4.

Kühn, H., Zeitungsstr. 53.

Philipp, Max, Markgr. Str. 10.

Swienty, Josef, Matthesstr. 98.

Werners Kronenräder, Reudorfstr. 2.

Fische und Delikatessen
Moritz, W., Marktstr. 159.

Fleischereien
W. Altmann, Ring-Str. 160/162.

Jullus Geisel, vorm. C. Fuchs, Am Rathaus Nr. 23-27.

Bier-Brauereien
Brauerei Union-Brauerei, Grödenstr.

Bilder-Einrahmung
W. H., Grödenstr. 5.

Briketts, Kohlen
Fisch, W., Mittelgasse 6 (Kuhwerk).

Butter-Handlungen
W. H., Grödenstr. 5.

Stornmann, Robert, Friedrich-Wilhelm-Str. 60.

Sachs, J., Grödenstr. 11.

Geber, Alfred, Grödenstr. 11.

Händler u. Wiederverkäufer
Für Händler u. Wiederverkäufer.

Herren-Artikel
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Stornmann, Robert, Friedrich-Wilhelm-Str. 60.

Sachs, J., Grödenstr. 11.

Geber, Alfred, Grödenstr. 11.

Händler u. Wiederverkäufer
Für Händler u. Wiederverkäufer.

Herren-Artikel
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Herren-Garderobe
F. H., Grödenstr. 11.

Optiker
Heidrich, E., Grödenstr. 27.

Papier- und Schreibwaren
F. H., Grödenstr. 11.

Photographische Ateliers
Atelier „Apollo“, Grödenstr. 20.

Photographische Ateliers
Atelier „Fuchs“, Grödenstr. 11.

Photographische Ateliers
Anton Dichter, Grödenstr. 11.

Photographische Ateliers
Samson & Co., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Krebs, S., Grödenstr. 12.

Putz, Modes
Schiffinger & Co., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Tichauer, M., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Sargmagazine
K. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Scholz, Paul, Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schirme, Stöcke
Grüger, G., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schneiderei-Artikel
Delnicke, Hugo, Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
Bartfeldt, A., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
Bernstein, Max, Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Putz, Modes
Schuhwaren u. Schuhmacher
F. H., Grödenstr. 11.

Wachstuche, Linoleum
Duch, Wilhelm, Grödenstr. 11.

Uhren u. Goldwaren
Berger, Paul, Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.

Wäsche, Trikotasen
W. H., Grödenstr. 11.



Mittwoch, den 4. November 1908.

## Die Erziehung der Junkermehrheit.

Unsere Erwartung, daß der Präsident des Dreiklassen-Parlaments anständig genug sein würde, dem Hause, das Genosse Hoffmann zur Entscheidung über die Verächtlichmachung der wertigsten des authentischen Wortlaut der Redenungen des sozialdemokratischen Redners vorlegen würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Die Reaktion im Dreiklassenparlament liebt es eben, von Zeit zu Zeit selbst seine strengsten Kritiker durch unangehörige Unanständigkeit zu überraschen. Ohne dieses Mindestmaß von Gehorsamhaftigkeit, das ein Richter haben muß, wenigstens von der Tatbestand festzustellen, ehe er richtet, noch ehe der Wortlaut der Bemerkungen des Genossen Hoffmann im amtlichen Stenogramm vorlag, haben heute Zentrum, Konservativ und Nationalliberalen den Protest unseres Redners zurückgelesen. Die Anregung des Genossen Vorgmann, die Abstimmung bis zum Schluß der Sitzung auszusetzen, wurde mit dem gewohnten trocknen Scherz der Junkerklasse als Verschleppungsmanöver vertilgt und abgelehnt. Die Väterempfinger des Dreiklassenparlaments hätten ganz ruhig die Ehrlichkeit besitzen sollen, zu sagen, daß sie nicht Lust hatten, Ungehörigkeiten zu spielen, sondern noch mit den Mittagszügen nach Hause oder zu irgend welchen feuchten Jagdbergnügen fahren wollten. Es ist ja jetzt wieder die Zeit der Fasanejagd.

Immerhin hat das unerwartete Verhalten unserer Genossen gegen die Unanständigkeit: Ja-dans von Kröcher schon ein wenig gewirkt. Die Genosse Firich endlich als leiblicher in der 7. Sitzungsinde zu den Steuerberatern das Wort ergreifen durfte, machte der Präsident nur zweimal einen hastigen Versuch, angelegliche Abschweifungen des Redners von dem unmittelbaren Sachgegenstand auf das weitere politische Gebiet zu verhindern, ließ sich aber zu keinem Sach- oder Ordnungsruf hinreißen, obwohl der Rede von Pappenheim, dieser herabgelassene Reaktor, mehrere Male zu thun heraus ging, um Stillsitzen zu machen. In der Steuerdebatte abzuhalten heute die freimütigen Redner wiederum durch ihre absolute Grundlosigkeit. Herr Gerschel, dessen finanzielle Verdienste um die Erhaltung der an Momentenschwund unheilbar kranken „Freimütigen Zeitung“ diese sogenannte Volkspartei mit einem Abgeordnetenmandat bezahlt hat, sagte über die Steuerberatern gar nichts anderes, als daß er Zeiter und Wörde über die drohende wahrhaft geringfügige Belastung der Aktienbesitzer schreie. Die arme Familie Krupp solle um 37 Prozent ihres Einkommens geschmälert werden — hast du da nicht Mitleid, Protektorat? Der freimütige Führer Dr. Wemer ging wenigstens etwas tiefer auf die größeren Fragen der Steuererleichterung ein: Er lehnte die Erhöhung der Vermögenssteuer ab, um nicht der Reichsvermögenssteuer voranzureisen. Die Forderung, eine Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer bei den Modorthern im Reichslande durchzuführen, schienen die Freimütigen alle schon aufgegeben zu haben. Ueber die Reichsvermögenssteuer ist Herr Dr. Wemer noch nicht ganz im Klaren. Bei bedenklichen Sinnes, wie es dem frommen Wohlworte zukommt, sprach er den Satz: Ich glaube, wir werden an diesem Gedanken auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen festhalten. Sehr schwer schienen die Wemer und Munkau ihrer früheren Prinzipien wirklich selbst nicht mehr zu sein. Der Schürredner Fodunde endlich wußte, als er gleich Wemer die Frage eines gerechten Wahlrechts im Zusammenhang mit der Erhöhung der Steuern erwähnte, kein gewichtigeres Argument für die geheime Wahl ins Feld zu führen, als eine trübenredende Forderung über den „maßlosen Terrorismus“ der Berliner Genossen bei der letzten Landtagswahl. Gewisse Gerüchte hatte ihn dafür ganz gehörig zu. Er wies aus den Freimütigen Wahlkugeln, insbesondere aus der Verhöhnung der Staatsbeamten und Staatsarbeiter und aus den freimütigen Bonifikation gegen die sozialdemokratischen Wahlmänner in Berlin XII so überaus nach, daß wir in Bezug auf den Terrorismus gegen die Freimütigen die reinen Balkenknaben sind, daß von denen um Rücksicht und Nachsicht keiner auch nur zu machen warte. Der Appell unserer Genossen an die Freimütigen, mit uns energisch den Terror der Reaktion zu bekämpfen und die geheime Wahl zu provozieren, fand natürlich nur laubige Ohren: die Freimütigen werden es vorziehen, weiterhin in ihren Negativbereichen den Episkop mit Lilienmädchen vom Terrorismus der Arbeiter zu ängstigen.

Die Besoldungsanträge wurden schließlich den drei dafür bestimmten Kommissionen zugewiesen. Für ihre Beratungen läßt das Dreiklassenparlament jetzt drei Wochen lang die Plenarsitzungen ausfallen. Der Antrag unserer Genossen, wenigstens die Wahlrechtsanträge und die Interpellation des Zentrums über die Wiederehr der reifen Arbeitslosigkeit sofort zu behandeln, fand nur bei den Freimütigen Unterstützung. Die Mehrheit will Ferien. Die Fasanejagd ist der Mehrheit des Dreiklassenparlaments wichtiger als die Not der Arbeitslosen!

## Stadt-Theater.

### „Die Hochzeit des Figaro“, von Mozart.

Es ist gar kein Wunder, daß man sich in ungeheuren Ecken nach den neuen Operetten drängt, denn die Lebensdauer solcher Gattung ist gewöhnlich kurz. Der Andrang zu Mozarts „Hochzeit des Figaro“ war lange nicht so gewaltig und mit Recht: dieses Werk wird man in fünfzig Jahren auch noch mit demselben Genusse sehen können. Daß auch Genies wie Mozart mitunter Niederlagen erleiden, beweist das Schicksal dieser Oper, die 1785 in Wien beinahe durchgefallen wäre, weil die italienischen Darsteller absichtlich schlecht sangen; nur die glänzende Prager Aufführung konnte das Werk noch retten. Auch hier vereinigte sich die Melodienfülle der Italiener mit der Gründlichkeit und der Gemütsstärke der Deutschen und die Zeit hat dem Werke nichts anhaben können. Das Textbuch ist von dem Italiener da Ponte dem französischen Lustspiel von Beaumarchais (hier unter Witte-Wild im Bobetheater vorzüglich dargestellt) mit Ausschluß der politischen Dialoge nachgearbeitet. Die von Anjage (bekannt durch sein Buch „Ueber den Umgang mit Menschen“) herrührende Uebersetzung ist recht mangelhaft. Die Versuche, derartige Textbücher einer gründlichen Revision zu unterziehen und sie bei den Bühnen durchzuführen scheitern gewöhnlich an der Gewohnheit der Sänger, die die Rollen mit den alten Text so fest studiert haben, daß das Umlernen nicht ohne Mißfolge ist. Die Originalpartitur, von Mozart eigenhändig geschrieben, befindet sich seit 1901 im Besitze der Berliner königlichen Bibliothek. Vollständige Textbücher bei Reclam Nr. 2655 für 20 M.

Die Aufführung war von Herrn Feith auf das sorgsamste vorbereitet worden; wenn hier und da manches nicht klappte, so ist ihm wahrlich nicht die Schuld bekomen: gegen solche kleine Unzulänglichkeiten ist kein Kapellmeister ges. Man wird von Sängern, die heute Wagner morgen d'Albert, übermorgen Puccini singen müssen, einen unerschrockenen Mozartist nicht verlangen dürfen; es hatte ihn auch niemand. Sehr anzuerkennen sind wenigstens die Versuche, die von den Damen Wolter, Meisch und Mac Greiv gemacht wurden. Letztere sang die bekannte Arie des vierten Aktes mit großer Dezent und Noblesse. Sehr beweglich und drollig war Herr Schauer

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. November.

### Die Breslauer Korruption in Budapest.

Die lächerliche Bereitwilligkeit der Breslauer Presse, dem Kapitalismus dienlich zu sein, veranlaßt uns, ausführlich über eine Sache zu berichten, die wir sonst in wenigen Zeilen abgetan hätten. Es ist unser Budapestischer Gewährsmann, der uns über diese Geschichte, die eine nette Illustration der ungarischen Korruption darstellt, folgendes schreibt:

Die Untersuchung in der Panama-Affäre der „Breslauer Maschinenfabrik“ vorm. Gebr. Gutschmann“ nimmt täglich sensationelle Fortschritte. Es kommen täglich neue kompromittierende Daten zum Vorschein, die die „Ebeliten der Nation“ mit im Sumpfe zeigen. Nicht nur in Budapest, sondern auch in anderen Städten Ungarns wurden Besichtigungen gemacht. Die Untersuchungen gehen sehr langsam vor sich, und es hat den Anschein, als ob die Behörden ihre Untersuchungen mit Absicht verschleppen, um den nationalen Verbrechern Gelegenheit zu geben, den Sand von ihren Füßen zu schütteln und Amerikas El Dorado mit ihren Verbrechernaturen zu bereichern.

Bei dem Geschäftsführer der „Breslauer M.G.“, Franz Kunz, der die Budapest-Filiale der Breslauer Firma leitete, wurden Schriftstücke konfisziert, die die Zentrale aus Breslau an denselben richtete. Wir wollen nur ein Schriftstück von den vielen der Deutlichkeit übergeben, um daran zu zeigen, wie leicht es für einen Kapitalisten ist, die Breslauer Presse zu verlocken und sie zu seinem gefügigen Werkzeug zu machen. Der Brief aus Breslau lautet (aus dem Ungarischen rückübersetzt):

An die  
Budapester Wassermesser-Unternehmung, Herrn Franz Kunz,  
Ingenieur.  
(Eigenschaft.)

Bezugnehmend auf die persönliche Besprechung mit unserem Herrn Kunz bevollmächtigen wir Sie, Herrn R. (Schlinger, städt. Wasserwerksdirektor, Anmerkung b. Red.) folgende Bedingungen zu gewähren und bemerken, daß uns die unter Punkt 1 festgelegten Bedingungen am sympathischsten sind und zuerst in Betracht kommen sollen.

1. Die Stadt macht mit uns einen zehnjährigen Vertrag und wir die alleinigen Lieferanten der Wassermesser sind. In diesem Falle erhält R. 5 Prozent von dem Gesamtumfang der Fakturrechnungen, mißbegreifen sind die Reparaturen-Rechnungen. Bei Annahme der Offerte wollen wir die Zahl der Wassermesser nicht abschätzen.

Im nötigen Falle sind wir bereit, Herrn R. nach Abschluß des Vertrages, a conto der 5 Prozent, 5000 Kronen nach Belieben sofort oder nach Ablauf des ersten Jahres oder in Jahresraten des zehnjährigen Vertrages zu bewilligen, und werden die bezahlten Summen vom Verdienste in Abrechnung gebracht. In diesem Falle darf die Stadt mit anderen Lieferanten keine Verträge schließen.

2. Die Stadt kann auch mit anderen Lieferanten Verträge schließen, aber sie muß sich verpflichten, bei uns zehn Jahre hindurch jährlich wenigstens 2000 Stück Wassermesser zu kaufen, gleichgültig, ob die jetzt in Macht genommenen oder neue anzuschaffen.

In diesem Falle bekommt R. ein für allemal 25.000 Kronen.

Achtungsvoll  
Maschinenfabrik vorm. Gebr. Gutschmann, Breslauer Metallgießerei, Aktien-Gesellschaft  
Schreiber, Direktor.

Aus diesem Briefe ist zu ersehen, daß die Breslauer Fabrik dem Wasserdirektor Kehlner zweierlei Anträge gestellt hat. Zwar nicht direkt, sondern indirekt durch ihren Angestellten Kunz.

In einem anderen Briefe des Kunz an die Breslauer Gesellschaft verlangte derselbe das Geld, welches die Breslauer Gesellschaft tatsächlich geschickt hat, und zwar in die Wohnung des Kunz, Vorgasse Nr. 14. Die Untersuchungskommission fand Tugende von kompromittierenden Briefen bei Kunz und es stellte sich heraus, daß die Bestechungen in den Städten Großwardein, Klausenburg, Steinamanger, Komorn, Kronstadt, Raab, Tglau, Dedenburg,

Bánffürchen, Szegedin und Kaschau ebenfalls in großer Stille gemacht wurden. Nicht nur mit Bar wurde bestochen, sondern auch mit Champagner, Zigarren, Teppichen, Gold- und Silbergegenständen und anderem mehr.

Die fortwährenden Geldsendungen und die Abreisen der Bestochenen sind schließlich der Breslauer Firma auf die Nerven gefallen. In einem weiteren Briefe an ihren Kunz schreibt der Direktor Schreiber (früherer Teilhaber von Wolff u. Schreiber):

„Ich hätte niemals gedacht, daß die ungarischen Beamten derart korumpiert sind. In einem schönen kleinen Saal in Pest leben Sie. Als Sie für uns in Petersburg und Moskau arbeiteten, waren solche Bestechungen nicht. Wären Sie doch die Ausgaben!“

Die russischen Epikureer werden Herrn Schreiber für dieses Zeugnis dankbar sein. Es ist doch auch für uns erstaunlich, daß die ungarischen Gauner sogar den russischen überlegen sind....

Eine eigentümliche Erscheinung ist es, daß gerade die Kunz und Konsortien die größten Sozialistenkresser und in der Ziffelfabrik der Breslauer Maschinenfabrik vorm. Gebr. Gutschmann Streitigkeiten und Streiks deshalb an der Tagesordnung waren. Diese Herren verstehen ihre Arbeiter zu unterdrücken und die Laufende für Champagner und Bestechungen aus ihnen herauszupressen. Der große Ehrenmann und Parteiführer Kunz und seine bestochenen nationalen Verbrechere stehen jetzt unter Polizeiaufsicht.

Sowohl unser Gewährsmann, die wir aus unserem Budapestischer Bruderorgan „Nepzava“ („Volkstimme“) ersehen, befindet sich auch dort eine ausführliche Schilderung dieser für Ungarn so bezeichnenden Affäre. Jetzt wird man erweisen, welche Dreifigkeit dazu gehörte, die Breslauer Blätter, „Breslauer Zeitung“ zu veranlassen, folgendes zu schreiben:

„Aus der Wassermesserindustrie. Wir brachten vor einigen Tagen eine Nachricht aus Budapest, nach der dort eine Untersuchung gegen Beamte der städtischen Verwaltung eröffnet sei, weil ihnen seitens der hiesigen Filiale einer hiesigen Firma Geld für die Zuwendungen von Lieferungen gewährt worden sei. Wie uns von tohohli formierter Seite mitgeteilt wird, handelt es sich um eine Angelegenheit, welche nicht eine hiesige Firma, sondern vielmehr eine Budapestischer Gesellschaft betrifft, bei welcher die hiesige „Breslauer Metallgießerei“ kommanditistisch beteiligt ist. Im übrigen wird uns glaubhaft versichert, daß die ganze Angelegenheit in tendenziöser Weise aufgedeckt worden ist und bei in den Zeitungen als beschönigt bezeichnete Wasserwerksdirektor niemals eine Zahlung erhalten hat.“

Wir sind neugierig, ob die Breslauer Presse von dieser dokumentarischen Nachweise Kenntnis wird. Die Arbeiter aber lernen wieder einmal aufs neue erkennen, wie sehr im Kapitalberlebe die Produktion durch unsaubere Vermittler und dumme Ehrenmänner verteuert wird. Alle die Laufende, die solchen Salakten in den Taschen geworfen werden, müssen erst von den Arbeitern aufgebracht werden, und wenn sie dann selbst ein paar Pfennige Lohnerrhöhung fordern, ist für sie kein Geld mehr da.

Ueber die vermutlichen Anfänge dieser Panamaaffäre wird uns noch geschrieben:

„Die Firma Breslauer Metallgießerei war bis zum Jahre 1888 Aktien-Gesellschaft, vom Jahre 1888—1900 Kommandit-Gesellschaft Wolff und Schreiber. Vom Jahre 1900 ab ist Direktor Wolff aus dieser Firma ausgeschieden und wurde der Betrieb Breslauer Metallgießerei mit der Firma Gebr. Gutschmann, Maschinenfabrik und Eisenblecherei, zu einer Aktien-Gesellschaft vereinigt. Als Direktoren traten an die Spitze der Breslauer Metallgießerei Herr Schreiber, und Herr Gutschmann für die Maschinenfabrik und Eisenblecherei.“

In Budapest wurde seit einigen Jahren die Vertretung der Wassermesser Herrn Kunz übertragen, der die Geschäfte für Ungarn übernahm, da noch diese Städte in Ungarn mit Wassermessern zu versorgen sind.

Im Jahre 1907 kam wieder ein größerer Auftrag zu vergeben, und sollte dieser Auftrag in Budapest zur Ausführung kommen, das heißt, die Wassermesser sollten in Budapest ver-

als Zigarro, ein wenig zu schwer Frau Abl. Priester als Gräfin, sehr befriedigend Herr Diter als Graf, im Dialog öfters leichter oft unverständlich. Auch die kleineren Partien — unwichtige gibt es bei Mozart nicht — waren in guten Händen. Der Verfall des sehr gut besetzten Hauses war recht lebhaft. S. M.

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Landgewinnung an der ostfriesischen Küste. Bekanntlich gibt das Meer der ostfriesischen Küste das Land, das es ihr in früheren Jahrhunderten, als sie noch nicht durch genügend hohe Deiche gesichert war, raubte, allgemein zurück, indem es in ihren Buchten unablässig Schlammansätze, die mit der Zeit immer höher anwachsen, bis sich darauf Salzweiden entwickeln, die man dann ebenfalls einbeißt. Auf solche Weise hat Ostfriesland während der letzten 50 Jahre etwa ein Viertel hundert ertragreiche Volder, riesige Flächen besten Marschlandes, gewonnen, und manche vordem unbedeutende Kirchhöfe wurden dadurch zu den allerreichsten Orten. Im Jahre 1905/6 wurde auf diese Weise, unter starker künstlicher Nachhilfe des hiesigen Küstenschutzes Landest gemacht, wo jetzt die große Landgewinnung (20 Millionenprozent) und der Bau der Hohenzollernhäute stattfindet, und außerdem wurde gleichzeitig mit der Aufhebung der noch weit größeren Vorreiter Zucht wäplich des Hafens begonnen, die innerhalb der nächsten zehn Jahre ebenfalls zu landwirtschaftlichen Zwecken geeignet sein wird. Desgleichen sind zurzeit viele Groden (Küstenschutze) an der Küste des Harlingerlandes zwischen Neuharlingerhede und Maroltingerhede, ferner vor dem Landschaftspolder, desgleichen bei Vellum, wo sich die großen Schlammablagerungen des landwirtschaftlichen Hauptverettes befinden, und an der großen Wattenmeerfläche vom Rapper Leuchtturm bis zur Höhe von Grefsiel entstanden, daß sie leicht dem Meere abgenommen werden können. Das nächste derartige Unternehmen wird aber die Landgewinnung der 200 Hektar großen Leybuch zwischen Grefsiel und Norden sein, die im nächsten Jahre in Angriff genommen werden soll, nachdem man dort schon lange entsprechende große Vorarbeiten dazu getroffen

hat. Der Unternehmer ist bei allen diesen Einpolderungsarbeiten in neuerer Zeit die Staatsregierung. Im Mittelalter galt als Regel, daß aller Anwachs den Anwohnern zulame, denen beziehungsweise deren Vorfahren ihn vordem das Meer geraubt hatte. Später usurpierten sich dieses Anrecht die ostfriesischen Fürsten, indem sie das Neuland als herrenlos erklärten, da ja dort keine Grenzsteine ständen. Sie hatten nur wenig Erfolg damit, da ihnen die Anwohner unter solchen Bedingungen alle Mittelhilfe verweigerten. Zuerst wurden dann, seit der Zeit des dreißigjährigen Krieges, namentlich im Harlingerlande derartige Arbeiten in größerer Stille begonnen und später besonders durch Friedrich den Großen sehr gefördert.

Ältester Grabfund in Telet. Aus Telet wird geschrieben: Bei einer Erdenschichtung wurde hier ein ärmliches Grab, ein sogenanntes Brandgrab entdeckt. Aus der Art der Bestattung und den Beigaben läßt sich schließen, daß dieses Grab die Ruhestätte eines Kindes war. Es wurde eine ziemlich große weitbauchige Urne ohne Deckel gefunden; auf ihr lag ursprünglich ein Dinkel. In der Urne war die Asche des verbrannten Leichnams beigesetzt. Als Beigabe wurde ein kleiner kunstvoller, gut erhaltener Öhring aus Bronze gefunden, an dem zwei hübsche Perlen angebracht sind. Ferner ein kleiner, runder Epfstein aus Achat und eine Bronzemünze des Kaisers Antoninus Pius (138 bis 161 nach Christi) in der Größe eines Lates. Um die Urne herum lagen die Spielachen des Kindes: ein sehr gut erhaltener kleiner Holz und ein kleiner Pfeil (beide aus weissem Ton verfertigt), eine einfache Tonlampe, ein zerstückelter einbeiniger Ring und ein kleiner defekter Napf aus Ton.

Amundsens neue Nordpolfahrt. In der nächsten Sitzung der norwegischen Geographischen Gesellschaft zu Christiania beschäftigt Roald Amundsen den Plan seiner nächsten Polarfahrt vorzulegen. Bei der Ausarbeitung des Planes ist Friedrich Nansen Amundsen behilflich gewesen. Amundsen wird den alten Nansen'schen Plan, sich von dem westlich gehenden Polarkreis zu lassen, durchzuführen suchen; dagegen wird er einen östlicheren Ausgangspunkt als denjenigen Nansen's wählen; die Abfahrt wird wahrscheinlich von einem Ort in der Nähe der Veringstraße aus stattfinden. Ob Amundsen Nansen's Schiff „Fram“ benutzen wird, ist noch unbestimmt.



geheißt werden. Der Vertreter Rung bewand sich ebenfalls um diesen Auftrag. Da aber von Seiten einiger Budapestler Stadtverordneten bezweifelt wurde, daß es möglich sei, die Wasser- messer in Budapest von dem Vertreter Rung herzustellen, wurden zwei Arbeiter von Breslau nach Budapest zur Herstellung des Personals und Einrichtung verschiedener Maschinen beordert. Diese beiden Stadtverordnete beschäftigten den Betrieb in Budapest und kamen zu der Überzeugung, daß es unmöglich ist, die Wassermesser herzustellen, und so ging ein großer Teil dieser Bestellung an eine andere Firma. Aus diesen Vorgänge heraus wurde vielleicht hinter den Kulissen verhandelt und daher dattert wohl auch die Korruptionsaffäre.

**Eine interessante Anarchistenversammlung** fand gestern Abend im „Schwefelbad“ statt. Gustav Landauer - Berlin referierte über das einzige Thema, das die Anarchisten überhaupt zu erörtern für wert halten, nämlich über den Gegensatz zwischen Anarchismus und der Sozialdemokratie. Natürlich vertrat auch dieser geistvolle Redner dabei, wie alle anderen Anarchisten, die Meinung, der Marxismus und die Sozialdemokratie ist eine Markierung auf den wahren und echten Sozialismus. Nach ihm erzeugen nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse die Ideen und geistigen ströme zu ihrer Umgestaltung, sondern die Ideen, der Wille des Menschen sind das Ursprüngliche, und von ihnen allein ist die Gestaltung der gesellschaftlichen Zustände abhängig. Von dieser Voraussetzung ausgehend, hält er die Verwirklichung des Sozialismus zu allen Zeiten, also für sofort, nicht erst für später, für möglich. Das Mittelalter war nach Landauer der Verwirklichung des Sozialismus näher als jede andere Zeit. Damals war die Welt erfüllt und geleitet von christlichen Ideen, und es bestand eine Gesellschaft von kleinen „Gesellschaften“, die das charakteristische des Landauerischen Sozialismus ausmacht. Vom Mittelalter her sieht er dann seinen Fortschritt mehr, sondern unaufhörlichen Verfall. Somit sieht sich der Redner mit seinen Ausführungen nicht nur in einen Gegensatz mit den „Marxisten“ wie er sie sieht, sondern auch zu den anderen Anarchisten und schließlich auch in Gegensatz zu seinen eigenen Ansichten. Wohl noch nie hat sich ein begabter Kopf in solche Widersprüche verwickelt, als Gustav Landauer dies in seinem geistigen Vortrag tat.

In der Diskussion sprachen unter anderem die Genossen Schiller, Lbbe, Darr und Albert. Leider war dann Landauer Rede hatte 2 1/2 Stunden gedauert) die Zeit so weit vorgeschritten, daß der Referent ziemlich um sein Schlußwort kam, da der überwachende Kommissar infolge Eintretens der Polizeibehörde auf den Vortritt nach der Sitzung einwirkte, daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Drei Viertel der circa 300 Versammlungsteilnehmer waren Sozialdemokraten.

**Wahlung, Drechsler, Herr Pommeranz, Drechslermeister, Adolfsstraße 10, hat sämtliche bei ihm beschäftigten Kollegen entlassen mit der Bemerkung, daß in Zukunft sein Organisations- bei ihm Beschäftigung finden wird. Da Herr Pommeranz auf diesem Wege verfährt, die Preise des am 25. Mai 1907 abgeschlossener Tarifvertrages zu reduzieren, ist hiermit über genannten Betrieb die Sperrung verhängt. Die Drechsler am Orte wie in der Provinz werden ersucht, Herrn Pommeranz mit Arbeitsangeboten zu versehen, um ihm Gelegenheit zu geben, seinem Wunsch gemäß von der Organisation nicht mehr befristet zu werden. Auch die Tischler der Eisenbranche werden um ihre Unterstützung ersucht. Vielleicht ist Herr Pommeranz nach einem Besseren angehängt, wenn ihm weniger Aufträge der Tischlermeister sowie Arbeit- stätte der Drechsler zur Verfügung stehen.**

**Die Disziplinierung.**  
Anmerkung der Redaktion: Bereits am Sonnabend sandte uns Herr Pommeranz ein lauges Rechtfertigungsschreiben. Jedenfalls hätte er, wie wir würden deshalb seine Sachmässigkeit verschweigen. Wir haben aber gar keine Ursache, auf das Schreiben einzugehen und stellen es dem Holzarbeiterverbande zur Verfügung.)

## Aus Schlesien und Posen.

### In Schweinetrog.

Die sehr es manche Fabriken an den notwendigen Vor- sorge für die Verunfallten zu leisten, geht aus einem der Berliner Volks-Zeitung zur Ver- waltung geschickten „Eingekandte“ des hiesigen Stadtkommissars her- vor, in dem es heißt:

In Nr. 251 vom Sonnabend brachte Ihr werter Blatt eine Notiz über einen tödlichen Unglücksfall in der „Jude- r- abri“ Altjauer. Leider kommen solche Unglücksfälle hier vor, und es wäre an sich weiter nichts Auffälliges. Wenn solche Verunfallte aber dann in der Nacht, wo es doch längere Zeit dauert, die ein Arzt zur Stelle ist, hundentlang auf ein paar alten Ecken auf dem kalten Kuchboden liegen müssen und dann schließlich (es wäre kaum zu glauben) in einen Schweinetrog gelegt und auf einem Koffertwagen in das Kran- kenhaus geschafft werden, so verdient das mindestens an die Selbstmitleidigkeit gebracht zu werden. Sollte in so einem Be- trieb, der mehrere hundert Arbeiter beschäftigt, und der den besten Aktionären eine Dividende von 15 Prozent abwirft, nicht auch für Arbeiter etwas getan werden? Es würde gewiß nicht auf die Anschaffung eines Krankenzugens nur 1/2 Prozent gebraucht werden, ebenso müßte doch wenigstens ein Raum zur Hand sein, in dem ein Verunglückter vorüber- gehend untergebracht werden kann. Wenn in einem solchen Falle die Arbeiter sehen, wie ihr Arbeitskollege im Schweine- trog transportiert wird, und sie das Gefühl heischen können, daß es jedem momentlich selbst einmal so ergehen könnte, so kann dies gewiß nicht dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bessern.

Es wird auch in dieser Beziehung mehrdanklich über be- sult werden, die nicht geachtet die Fabriken gezwungen werden, ausreichende humane Vorkehrungen zu treffen. Und wenn die geistlichen Behörden vorhanden sind, dann erhalten die Unter- nehmer-Übernehmer sehr geringe Strafen, das hat schon eine Uebertretung Lohn.

**Striegau, 3. November.** In d. h. Bei dem 29 Jahre alten Straßenarbeiter Hermann Häneler von hier, ist Tuberkulose festgestellt worden. Seine sofortige Überführung ins Kreiskrankenhaus wurde anordnet.

**Wieder das Auto.** Kurz hinter dem Bahnhofsge- gang auf der Striegauer Chaussee wurde die Witwe Frau v. von hier, von dem Automobil des Herrn von Winterstein aus Krosch über- fahren, obgleich sich die Frau ganz nahe an den Eisenbahnen hielt. Die Frau erlitt eine schwere Kopfverletzung und eine Gehirn- Entzündung und mußte ins Kreiskrankenhaus überführt werden. Das Automobil fuhr dabei in den Graben und wurde demoliert.

**Striegau, 31. Oktober.** Angenehme An- sichten. Bei der Expeditionsfirma Herrmann, Inhaber Schneiderli, muß immer einer der Kutcher in der Nacht im Geschäft schlafen. Das Bett hierzu hat eine angenehme Umgebung, es befindet sich nämlich in unmittelbarer Nähe des Aborts nach der Mitternacht. Der Himmel ist noch so grün, dem Bett immer etwas von seinen Gaben mitzu- teilen. Ob denn Herr Schneider glaubt, daß solche Zustände der Gesundheit der Kutcher, die doch gewiß nach ihrer schweren Arbeit der Ruhe bedürfen, nützlich ist? Daß sich das aber die Kutcher so lange gefallen lassen.

**Pätzsch, 23. Oktober.** Was für ein. Am letzten Freitag fand bei Jakob eine Wohltätigkeitsversammlung statt. Nach Aufzählung von zehn neuen Mitgliedern erkrankte der Kassierer den Samstag. Die Einnahme betrug 191,94 Mk., die Ausgabe 89, 21 Mk., mü- ßig bleibt ein Bestand von 102,73 Mk. Für den verstorbenen Ge- sandten Robert Jakob wird ein anderer Erwerber als Kandidat vorgeschlagen. Für die meisten Genossen, welche am

Vortragshaus teilnehmen, wird eine Mark Aufschlag aus der Kasse des Vereins bewilligt. Der Gehalt der Bergischen Sozialisten bleibt nach wie vor bestehen.

**Siegen, 8. November.** Zivil und Militär. Eine Schlägerei zwischen Zivil und Militär entspann sich in der Nacht zum Montag in der Niederstadt, wo eine Wirtshauspatrouille (Unter- offizier und 2 Mann) von Röllchen angegriffen wurde. Im Handgemenge wurde einem Soldaten der 11. Kompagnie das Seitengewehr weggenommen. Die Untersuchung wird das weitere ergeben.

**Lebensmüde.** Durch einen Schuß in die Schläfe ver- suchte sich am Montag früh gegen 10 Uhr der im 50. Lebensjahre stehende Arbeiter August Gräber von hier zu töten. Gräber war ein dem Tunte ergebener Mensch, der von seiner in zweiter Ehe leben- den Frau getrennt lebte. Seine Frau, welcher er des öfteren brodie, sie niederschnallen, hatte um polizeilichen Schutzes nachsuchen müssen.

**Wlogau, 3. November.** Verlängerte Wahlzeit. Der Wahltermin für die Stadtverordneten der 3. Wahlabteilung am 20. Oktober, den 9. November, der von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 7 Uhr angelegt war, wird bis Nachmittags 8 Uhr verlängert.

**Wrieg, 24. Oktober.** Bezirks-Einteilung. In- folge der Wohnungs-Veränderungen und der Neuwahl einiger Bezirksführer werden die Bezirke bis auf weiteres wie folgt festgesetzt: 1. Bezirk: Bezirksführer Wilhelm Reiche, Röh- renstraße 5. Hierzu gehören: Fischerstraße, Dorotheenstraße, Ger- straße, Steinstraße und Gartenstraße. 2. Bezirk: Be- zirksführer Wilhelm Pollat, Gerberstraße 15. Hierzu gehören: Neuhäuserstraße, Schönauerstraße, Hoher Weg und Oppelner Chaussee bis zur Postenstraße. 3. Bezirk: Bezirksführer Karl Galle, Schulstraße 20. Hierzu gehören: Schulstraße, Drei- eckstraße und Vriegshofstraße. 4. Bezirk: Bezirks- führer Hermann Köppler, Gerberstraße 21. Hierzu gehören: Röhrenstraße bis zum Lehrerseminar, Feldstraße und Bahnhofs- straße. 5. Bezirk: Bezirksführer Johann Pollat, Stad- gasse 6. Hierzu gehören: Dreieckstraße, Volkstraße, Grüner Weg, Hühnerstraße und Wollwickerstraße. 6. Bezirk: Be- zirksführer Ernst Manns, Nomenstraße 19. Hierzu gehören: Holzmarkt, Nomenstraße, Schützenstraße, Wierstraße und Mühl- damm. 7. Bezirk: Bezirksführer Karl Karmin, Ger- berstraße 2. Hierzu gehören: Gärtenstraße, Breckauerstraße, Chausseestraße und Rathaus. 8. Bezirk: Bezirksführer Wil- helm Pollat, Gerberstraße 15. Hierzu gehören: Friedrich- straße, Wackerstraße, Rurstraße, Zwickplatz, Zwickplatz, Sper- lingsberg, Nomenstraße, Neuhäuserstraße und Jungferstraße. 9. Bezirk: Bezirksführer Karl Schmitz, Neuhäuser- straße 15. Hierzu gehören: Nomenstraße, Nomenstraße, Nomenstraße und Nomenstraße. 10. Bezirk: Bezirksführer Karl Karmin, Gerberstraße 2. Hierzu gehören: Nomenstraße, Nomenstraße, Nomenstraße und Nomenstraße. 11. Bezirk: Bezirksführer Karl Karmin, Gerberstraße 2. Hierzu gehören: Nomenstraße, Nomenstraße, Nomenstraße und Nomenstraße. 12. Bezirk: Bezirksführer Karl Karmin, Gerberstraße 2. Hierzu gehören: Nomenstraße, Nomenstraße, Nomenstraße und Nomenstraße.

Als Obmann der Bezirksführer fungiert Genosse Ernst Manns, Nomenstraße 19. Alle Genossen werden ersucht, sich diese Liste anzusehen und sofortige anzuzeigen. Bei jedem Umzuge in dem Bezirk sofort davon Mitteilung zu machen, damit keine unliebsamen Störungen entstehen. Sämtliche Bezirksführer nehmen auch Bestellungen auf die Volkswacht, so- wie jede andere Parteiliteratur entgegen. Vorstände des Ver- eins und zuletzt Sekretär der Volkswacht ist Genosse Ernst Manns, Nomenstraße 19, Kassierer Karl Karmin, Gerber- straße 2.

**Frankenstein, 3. November.** Schmerz Unglücks- fall. Beim Neubau der Kreisbahn von Frankenstein nach Dohlhoda verunglückten am Montag sechs Arbeiter. Einer von ihnen war sofort tot, zwei schwer und drei leichter verletzt. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus geschafft. Ueber die Ent- schuldungsurache des Unglücks ist noch nichts bekannt.

**Schmolken (Kreis Oels), 5. November.** Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend Morgen hier- selbst. Die Dominikanerbrüder Auguste Wagle ließ, als er am Morgen seiner Gemacht hatte und zur Arbeit gegangen war, ihr zweijähriges Söhnchen Karl in der Obhut ihrer neunjährigen Schwester zurück. Letztere war wohl wieder eingeklinkt sein, denn das kleine Kind kam dem Den zu nahe und geriet mit seiner Kleidung in Brand. Als das Mädchen, durch das lästliche Gekrei des Kindes auf das Schreckliche aufmerksam gemacht, Hilfe herbeiholte, hatte das kleine Wesen schon so schwere Brandwunden erlitten, daß es sofort in das Kreiskrankenhaus nach Oels überführt werden mußte, wo es am Mittags seinen Verletzungen erlag.

**Wien, 2. November.** Korfanti häuflert. Dem „Wienener Anzeiger“ wird geschrieben: Im Vorstand des Wiener Bezirks der gegenseitigen Hilfe herrscht zur Zeit eine starke Mißstimmung gegen Korfanti, weil dieser ohne Zu- stimmung des Vorstandes genannten Vereins eigenmächtig handelt. Korfanti der gar nicht Mitglied dieser Organisation sein soll, beruft sich auf seine Stellung als Kassierer, um sich als Mitglied der Vereinigung zu betätigen. Grund zu dem neuesten Entschluß war die überaus heftige Anrede Korfantis auf den Arbeitersekretär Mathias Königshütte, welcher auf Kosten des Wienerer Vereins einen dreimonatlichen Kursus in München-Gladbach absolvierte und von dem nach seiner Rückkehr bekannt wurde, daß er sich einer anderen Organisation anschließen wollte. Dieses Gerücht veranlaßte Korfanti zu einem Vorfall gegen den genannten Arbeitersekretär, so- daß die Leitung der Organisation befürchten muß, den mit ansehn- lichen Kosten angekauften Sekretär zu verlieren. Da die Stimmung für Korfanti und gegen Korfanti ist, so darf man auf den Ausbruch des Konflikts, von dem eine Niederlage Korfantis erwartet wird, gespannt sein.

Anforderungen waren von Korfanti von jeder eigen. Viel- leicht bricht ihm diese Anwendung doch einmal das Genid.

**Olewis, 3. November.** Ein weiterer Scheinbun- ds- prozeß. Ein zweiter politischer Prozeß wegen Scheinbündel und Betrug gegen das Vereinsgesetz steht am Montag den 16. d. M. vor dem Landgericht Olewis zur Verhandlung an. Angeklagt sind 35 politische Vereinsvorsitzende und Mitglieder. Viel wird dabei nicht herauskommen.

**Wielun, 3. November.** Beim Kartenspiel er- fassen. Im Schlafsaal der Fremdenloge hat ein ruhmreicher Arbeiter beim Kartenspiel seinen Arbeitskollegen, einen Galgier, mit dem Treter erpöckelt. Dem überauswunders Mann wurde buchstäblich der Leib ausgefressen. Der Täter wurde am Sonnabend nach dem heiligen Amtegefangnis überführt.

**Posen, 1. November.** Neue Wesen lehren an. Der neue Herr, nämlich der frühere Landrat von Oppeln und jetzige Polizeipräsident von Posen, v. Seyling, bekennt seine Willkür in der Finanz. Durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten wird angeordnet, daß in Zukunft bei Firmenschließern, an Häusern, Waren- tafeln, Ladentüren usw. die Straßenbezeichnung in polnischer Sprache zu erscheinen resp. wegzulassen und nur in deutscher Sprache anzubringen ist. Diese Verfügung wird gefügt auf eine Entschuldung des Oberverwaltungsgerichts vom 13. Mai 1904. Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß innerhalb 14 Tagen die Um- änderung vorzu- zu sein muß, andernfalls die Entfernung nach Ein- bringung eines Kostenvergleiches von circa 30 Mark durch einen dritten veranlaßt wird. Die polnischen Straßenbezeichnungen neben den deutschen haben bis jetzt den Staat nicht gefährdet und auch sonst niemandem geschadet. Aber der nationale Kampf in der Finanz bringt ja Orden und Ehrenzeichen.

**Gnesen, 2. November.** Arbeitslosigkeit. Die bei den Straßenbauern beschäftigten Steinleger legten am Montag die Arbeit nieder, weil Stadtbaurat Rabur einen der Arbeiter des schimpfte. August ist ferngehalten.

**Schroda, 3. November.** Feuer. Das 3 Kilometer von hier entfernte Dorf Altes, das zu der Zuckerrübenfabrik Schroda gehört, ist am Sonntag Abend vollständig niedergebrannt. Die Ent- schuldungsurache ist noch nicht bekannt. Da der Brunnen des Dorfes mitten im Brandherd lag, waren die Arbeiter außerordent- lich schmerzhaft.

## Partei-Angelegenheiten.

**Der Redakteurwechsel in Halle.** An Stelle der aus der Redaktion des Volksblattes ausgeschiedenen Genossen Thiele, Dänzig und Fröhlich wurden in einer Sitzung der Funktionäre die Redakteure Genossen: Hennig-Ernt, Bod-Verlin (aber Block?) und Niebuhr-Harburg gewählt. Der Aus- und Eintritt soll am 1. Januar 1909 erfolgen.

## Arbeiterbewegung.

**Das Zuchtgefangnis gegen die Bergarbeiter.** Bekanntlich geben die Gewerkschaften, unbestimmt um die Reichs- und Landesgesetze, für ihre Ausstattungs- Objekte besondere Gesetze, denen bei Strafe völliger Wirkungs- losigkeit Verstoßung gefolgt werden muß. Wie es die Gewerkschaften mit dem System der Ausstattungsgegenstände treiben, haben wir schon mehrfach gezeigt. Das unerhörte, mit einem parlamentarischen Ausdruck nicht zu kennzeichnende Vorgehen der Gewerkschaften hat den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter zu einer Eingabe an den Reichstag und den Bundesrat gezwungen, wonach der § 153 der Gewerbeordnung folgende Fassung er- halten soll:

„Der Angehörige, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Ar- beiter, auch weibliche Personen, durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung mit einer rechtswidrigen Handlung oder Entlassung aus der Stellung oder Arbeitslosigkeit, durch Verabredung, durch schwarze Listen oder durch schwarze Listen gleichwirkende Einrichtungen anderer Art hindert oder zwingt, von solchen Verabredungen oder Vereinigungen (§ 152, Abs. 1 und 2) zurückzutreten, oder wegen Zugehörigkeit zu Berufs- vereinen um die Stellung oder Arbeitslosigkeit bringt, oder an der Erlangung von Stellung oder Arbeitslosigkeit hindert, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach den allgemeinen Strafgesetzen nicht eine höhere Strafe eintritt. Auch der Versuch ist strafbar.“

Der Antrag gleicht dem, den unsere Fraktion zur Sicherung des Koalitionsrechts schon vor Jahren gestellt hat. Damals freilich hieß die „nationalen Arbeiter“ die Nomenklatur der- artiger Schutzgesetze nach nicht wie heute. Zur Begründung ihres Antrages sahen die Christlichen mit anderen folgenden: „In Bergarbeiterkreisen haben die „Schwarzen Listen“ des Gewerkschafts einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die Entrüstung der Bergarbeiter gründet sich darauf, daß 1. nachweislich die „Schwarzen Listen“ Namen von Arbeiter- enthalt, die nicht kontraktlich sind; 2. die „Schwarzen Listen“ gegen solche Arbeiter angewendet werden, die durch ihre Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation oder durch Tätigkeit in einer solchen bei der Verwirklichung nichtig geworden sind (Eingriff in die Koalitionsfreiheit); 3. die Bergarbeiter in der Grube der Wirt für unsicher Beamten ausgelegt sind; 4. die Verurteilungen dadurch eigenmächtig ein über das gesetzlich vorgesehene beim zulässige Strafmaß weit hinaus- gehendes Strafmaß ausüben; 5. die Gewerkschaften durch die sechsmonatige Ausbannung die betroffenen Arbeiter wirtschaftlich ruinieren, deren unschuldige Frauen und Kinder dem Hunger und der Not preisgegeben; 6. dadurch Tausende von reichsangehörigen Arbeitern mit ihren Familien brotlos gemacht werden, während viele Tausende von Ausländern Beschäftigung haben.“

Das Verfahren des Gewerkschafts verstößt gegen die guten Sitten und gegen den Willen der Gewerkschaft von Berg- arbeiter, Reichsgewerbeordnung und der Arbeiter-Versicherungsgesetz. Ohne Zweifel liegen diese Nachteile, Verursachung und Ein- griff in die Koalitionsfreiheit vor. Da es sich hier um Maß- nahmen handelt, wozu Tausende von Arbeitern und deren Familien betroffen werden, um ein Vorgehen, das in der Arbeiter- schaft die größte Verwirrung hervorruft, bei aufsteigender Konjunktur unter Umständen einen allgemeinen Mißstand her- aufbeschwören kann, so wird das öffentliche Interesse erheblich davon berührt.“

So werden auch die nationalen Arbeiter allmählich durch die Tucht der Lasten zu bewußten Klassenkämpfen erzogen.

**Der G. Larm weiß alles.** Gelegentlich der Ostber- gung in Stragburg i. Elb. getreten zwei organisierte Gewerkschaften mit einem unorganisierten, der sich in die Arbeit des ersten einbringen wollte, in Streit. Der bei der Unzufriedenheit des Arbeiters bald in Fälligkeiten ausartete. Dabei führte der unorganisierte Gewerkschaft hin. Er blühte aus der Nase und um sich den Schrei eines Schwerverletzten zu geben, schmierte er das Blut im Gesicht breit. Die organisierten Gewerkschaften verließen darauf die Kampf- stätte. Bald darauf erschien der Gendarm. Er sah nur noch den Mißhandelten am Boden liegen, konnte also weiter keine Feststellungen machen. Bei dieser Sachlage ist es interessant, was er in der gerichtlichen Verhandlung gegen die beiden or- ganisierten Gewerkschaften auslegte. Zunächst behauptete er unter Eid, der Mißhandelte habe aus 14 Knöpfen und den gebildet. Das ärztliche Urteil, das am Tage nach der Schlägerei über den für- berlichen Zustand des Verletzten aufgenommen war, spricht von zwei Wundstellen und an Kopfe und einer Ver- letzung am Schenkel, die von stumpfer Gewalt, also ebenfall vom Aufschlagen beim Fallen herrühren. Als von 11 Kopfwunden. Als auf diese Aussage hin der Verteidiger den Arzt als Sachverständigen laden lassen wollte, erklärte der vor- stehende Amtsrichter, er brauche keinen Sachverständigen, für ihn genüge das Zeugnis des Gen- darmen. Weiter behauptete der Gendarm, einer der angeklag- ten Gewerkschaften habe sich geäußert: „Er (der geschlagene Gewerkschaft) ist noch nicht bereit.“ Dabei kam der Gendarm erst an den Ort der Schlägerei, als die Angeklagten schon fort waren. Nicht ein einziger der weiteren Zeugen hatte eine solche Versicherung gehört. Im Gegenteil, einige behaupteten, daß der geschlagene Gewerkschaft ein Anzeigebogen am Kampftage aufgelauert habe. Als der Verteidiger in seinem Plaidoyer auf den Widerspruch in der Aussage des Gendarmen und dem Urteil des Arztes hinwies, und die Aussage des Gendarmen glorierte, unterbrach ihn der Vorsitzende mit der Bemerkung, daß er dazu kein Recht habe. Schließlich wurden die beiden Angeklagten zu je einem Mo- nat Gefängnis verurteilt, ein Urteil, das man nach der unbegründeten Verhandlungsaussage erwarten konnte. Der Gen- darm geht über in Preußen-Deutschland über alles.

## Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags. „Deutsche Treue“. Eingegangen.

G. Rawitsch. Breslau zählt gegenwärtig zum 400.000 Ein- wohner. R. Posan. An den Regierungspräsidenten ist das Gesuch um Naturalisation zu richten; demselben sind u. a. ein Heirats- schein und die Geburtsurkunde beizufügen. R. A. 13. Die Entschuldung des Reichs-Verwaltungsrats ist empfindlich; eine höhere Instanz abt es nicht. R. G. Die Landes-Verwaltungskasse ist nach § 18 des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, das Heilverfahren zu übernehmen.